

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachbestellungen: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 18. bis 31. Januar 1928 bei 100. 100maliger Auslieferung frei Haus 1,50 Mk.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die empfindliche 30 mm breite Zeile zu 100 Wg. für 24 Stunden 40 Wg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Wg. außerhalb 25 Wg. die so man breite Zeile 200 Wg. auswärts 300 Wg. außerhalb 400 Wg. Die ersten 100 Wg. für 10 Wg. Ausw. Anzeigen nach Vereinbarung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstr. 38 42
Druck u. Verlag von Viehig & Reichardt in Dresden
Postfach-Rote 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unerwünschte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Röhlers Abrechnung mit seinen Kritikern.

Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft. — Zuspitzung der Gegensätze um das Schulgesetz.

Französische „Berständigungs“-Politik.

Beschränkung deutscher Verwaltungshoheit.

Koblenz, 23. Jan. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar für das besetzte Gebiet ihre Stellung zur Anwendung des Reichskriminalpolizeigesetzes von 1922 im besetzten Gebiet bekanntgegeben. Dabei werden die Vorschriften und Einschränkungen gemacht, daß aus dem unbesetzten Gebiet keine Polizeibeamten oder Polizeilagente im besetzten Gebiet Aufträge ohne Mitwirkung von Beamten des besetzten Gebietes und ohne Zustimmung der zuständigen deutschen Behörden ausführen dürfen. Die zuständigen deutschen Stellen im besetzten Gebiet seien für die Tätigkeit dieser Beamten verantwortlich. Ferner wird verlangt, daß der französische Behörde vorher über die Ankunft und den Auftrag der Beamten Mitteilung gemacht wird.

Diese Verfügung bedeutet einen neuen schweren Eingriff in die deutsche Verwaltungshoheit und verfolgt in erster Linie politische Zwecke. Ihre Durchführung erschwert in härtester Weise die Bekämpfung des Landesverrats und der Fremdenlegionierung, da die Franzosen nunmehr die Möglichkeit haben, Personen, die in ihren Diensten stehen, zu warnen und rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Französischer Handelsneid.

Regierungsprotest gegen eine Auslandskonzession der Gruppe Karanahart — Otto Wolff.

Paris, 23. Januar. Zwischen der Sowjetregierung und der amerikanischen Finanzgruppe Karanahart ist vor etwa zwei Monaten ein Vertrag über eine sehr erhebliche Konzession im Donca-Gebiet geschlossen worden, der die Reorganisation einer Anzahl von Betrieben, u. a. auch der Werke der Eisenbahn in Kariann, den Bau einer Eisenbahnlinie von Kariann-Nicolow und andere Arbeiten zum Gegenstand hat. An der Konzession ist von deutscher Seite auch die Otto-Wolff-Gruppe beteiligt. Wegen Ueberlassung der Konzession, deren Wert auf 50 Millionen Goldmark veranschlagt wird, verpflichteten sich die Konzessionäre ihrerseits für Neuinvestitionen bzw. den Umbau der Betriebe 40 Millionen Dollar aufzunehmen. Der Konzern

Otto Wolff ist gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Interessen der Sowjetregierung innerhalb des Unternehmens betraut worden.

Gelegenheit einer Auftragserteilung in Frankreich, die im Zusammenhang mit der Konzession stand, erhielten die früheren französischen Besitzer der Werke der Mafsew-Werke Kenntnis von dem Unternehmen und der Vorzüge des früheren Verwaltungsrates der Werke, der bekannte französische Industrielle Anagnon, hat die französische Regierung aufgefordert, Protest dagegen einzulegen, daß seitens der Sowjetregierung ohne Einverständnis der früheren Eigentümer über die ehemaligen französischen Werke im Donca-Gebiet verhandelt wird. Die Regierung ist der Aufforderung nachgekommen und hat durch ihre diplomatischen Vertreter in Berlin, Moskau und Washington Vorstellungen erhoben. Als Begründung wird angeführt, daß Rechtskreisläufe mit den französischen Vorkeilsbesitzern der Mafsew-Werke zu befürchten seien. Das Staatsdepartement in Washington hat seinerseits der Karanahart-Gruppe bereits mitgeteilt, daß es eine Kapitalausfuhr zu Zwecken der Ausbeutung der Konzession nicht gestatten würde.

Parade in Mainz — Starke Verkehrshörung

Mainz, 23. Januar. Mit dem Aufbruch aller ihrer Truppenmacht veranstalteten die Franzosen heute nachmittag ohne ersichtlichen Grund und ohne die Bevölkerung zu benachrichtigen, eine Parade in einer der Hauptverkehrsstraßen, die letzten Verkehr auf dieser wie auch in den angrenzenden Straßen unterband. Wie verlautet, soll eine militärische Feler den Grund für dieses Waffenangebot abzugeben haben. Während in den ersten Geschwadern ein Geschwader freies, sogen. Hundelana in endlosen Kolonnen Infanterie, Kavallerie, leichte und schwere Artillerie, Panz, Scheinwerfer und sonstige technische Truppenteile mit Musik und Kolonnen aus dem General vorüber, der inmitten eines großen Offiziersstabes und eskortiert von Panzreitern die Parade abnahm. Auch die abziehenden Truppen riefen noch lange peinliche Verkehrshörungen hervor, unter denen besonders der Postkraftwagen- und Straßenbahnverkehr zu leiden hatten.

Allgemeine Wahlruhe.

Die Welt muß wählen in diesem Jahre. In Deutschland, England, Frankreich, Amerika stehen Wahlen vor der Tür, und überall rührt sich die Linke zu einem mächtigen agitatorischen Vorstoß, um durch die Mehrheit der Stimmzettel zur politischen Macht zu gelangen, mit Ausnahme Amerikas, auf dessen öffentliches Leben die europäischen Begriffe von rechts und links nicht anwendbar sind. Am heftigsten tobt das Fieber der Wahlruhe bei uns in Deutschland, wo ja überhaupt die innere Politik mit größerer Leidenschaftlichkeit betrieben zu werden pflegt als anderwärts. Dieser parteipolitische Krankheitszustand ist bei der Haushaltsdebatte, die sehr unerquickliche Begleiterseinerungen mit sich brachte, in recht depressiver Weise zum Ausdruck gekommen. Es war doch wirklich für sämtliche staatsbegehenden Parteien ein voll acerritelt und geschüttelt Maß von Anlaß gewesen, um sich in die sachlichen Grundlagen des Reichshaushalts für 1928/29 zu vertiefen, der in so ausgesprochener Weise von den beiden großen Schicksalsfragen unersetzliches, Sparmaß und Reparationslasten, beherricht wird. Wo war aber auch nur eine Spur von eingehender Erörterung solcher Fragen zu finden, die mit dem Reichshaushalt mittelbar oder unmittelbar in Zusammenhang stehen? Die Aussprache machte geradezu den Eindruck, als wenn der Reichsfinanzminister Dr. Röhler mit seinen ersten Darlegungen tanzen Ehren gepredigt hätte. Es muß überhaupt als eine parlamentarische Unflotte bezeichnet werden, daß die Etatsberatung zu einer allgemeinen politischen Aussprache benutzt wird. Unter normalen Verhältnissen kommt aber dabei das finanzielle Gebiet doch wenigstens halbwegs zu seinem Recht, während diesmal das Wahlfieber alle sachlichen Erwägungen dermaßen in den Hintergrund drängte, daß die ganze Redeschlacht mit ihrer überall von der 90 prozentigen Unfähigkeit des Wahlkampfes differtierten agitatorischen Heilbehauptung wie ein Hofen auf den Charakter einer Finanzdebatte wirken mußte. Erst dem deutschen nationalen Abgeordneten Dr. Quast blieb es vorbehalten, die Debatte auf die Höhe einer wirklich finanziellen Aussprache hinaufzuführen. Am schlimmsten trieb es zweifellos der Zentrumsabgeordnete Guerdard, der ein förmliches Behagen daran fand, den deutschnationalen Koalitionspartner durch offene und verdeckte Angriffe zu reizen. Nicht einmal den seiner eigenen Partei angehörigen Reichskanzler Dr. Marx ließ Herr v. Guerdard in Ruhe, sondern brüskierte ihn durch die geistliche Betonung der republikanischen Grundeinstellung des Zentrums, während Dr. Marx kürzlich bei den Verhandlungen über eine Arbeitsgemeinschaft mit der Bayerischen Volkspartei erklärt hatte, daß das Zentrum weder monarchisch noch republikanisch orientiert, sondern eine Verfassungspartei sei, welche die Weimarer Verfassung als Richtschnur ihres Handelns anerkenne. Im übrigen ließ der Abgeordnete Guerdard es sich angelegen sein, daß Hülhorn seines Lobes über die Sozialdemokratie auszusprechen, und er ging dabei sogar so weit, die Sozialdemokraten wegen ihrer „konalen“ Opposition im Reichstage als politische Musterknaben hinzustellen und mit ihrer Haltung das Auftreten der aus Deutschland nationaler und Deutscher Volkspartei bestehenden Rechtsopposition im Preussischen Landtage als „abschreckendes Beispiel“ zu vergleichen. Nach solchen Ausdrücken hemmungslosen Wahlleidenschaft darf man sich wirklich nicht wundern, wenn in der deutschnationalen Presse eine gründliche Ueberprüfung der Frage gefordert wird, ob die Deutschnationalen es mit dem Ansehen und der Würde ihrer Fraktion für vereinbar halten könnten, sich derartigen Belastungsproben für ihre Koalitionsfreundlichkeit aussetzen, wie sie Herr von Guerdard provoziert habe.

Der Gesamteindruck der Aussprache geht dahin, daß sie die Zweifel, ob sich der Reichstag bis zu seinem natürlichen verfassungsmäßigen Ende zusammenhalten lassen wird, verstärkt hat. Dabei erinnert man sich des Kralls von dem demokratischen Führer Dr. Kütz getanen Ausspruchs, daß wir an Ueberparlamentarisierung und Ueberpolitisierung leiden. Herr Dr. Kütz ist gewiß gegen jeden Verdacht „reaktionärer“ Regungen gefeit. Um so überzeugender muß es dann wirken, wenn von solcher Stelle aus das Uebel, an dem unser öffentliches Leben krankt, so klar aufgezeigt wird. Ein hervorsteckendes Kennzeichen der Ueberparlamentarisierung sind die zu kurz bemessenen Gesetzgebungsperioden. Nach der Weimarer Verfassung wird der Reichstag auf vier Jahre gewählt. Da die letzten Wahlen am 7. Dezember 1924 stattgefunden haben, so läuft das Mandat des jetzigen Reichstages erst am 7. Dezember 1928 ab. Trotzdem trägt schon im gegenwärtigen Augenblick, also ein volles Jahr vor dem verfassungsmäßigen Endtermin, das gesamte parlamentarische Leben den scharf ausgeprägten Stempel der Wahlruhe. Tatsache ist also, daß bei der vierjährigen Gesetzgebungsperiode nur eine Frist von drei Jahren zur ruhigen, sachlichen Arbeit gegeben ist. Es wäre daher als ein zweifellos Fortschritt im Sinne einer staatsverhaltenden Demokratie zu begrüßen, wenn eine Revision des Artikels 33 der Weimarer Verfassung nach der Richtung vorgenommen würde, daß die Gesetz-

Die Fortsetzung der Etatsdebatte.

Endlich sachliche Reden.

(Durch unsere Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 23. Januar. Durch die Einschränkung der fraktionslosen Reden und durch eine sehr ruhige und, man darf wohl sagen, geschickte Erklärung des Reichsfinanzministers Röhler hat sich die Stimmungsfrage des Reichstages zunächst einmal wieder etwas beruhigt, womit nicht gesagt werden soll, daß man etwa alles in „reiner Butter“ sei. Es kam jedenfalls nicht so, daß die Hauptredner der Koalitionsparteien nun zunächst vortreten mußten. Sie blieben im Hintergrund und die „Wilden“ beherrschten zunächst das Plenum nahezu zwei Stunden. Herr Senfert von den Wilden hielt eine sehr warme und brave Rede, allerdings vor leerem Saale. Als dann Frau Wohlke, alias Ruth Fischer, auftrat, kamen schon mehr Zuhörer herein, denn diese sehr temperamentvolle arbeiterliche Rednerin sagte zwar nicht viel Vernünftiges, aber sie laut es auf eine nette und beinahe belustigende demagogische Weise.

Reichsfinanzminister Röhler hält eine sachliche und gewichtige Rede. Offenbar spricht er besser, wenn er gereizt wird. Er weiß sich heute zur Wehr zu setzen und geschickt die Wälle zurückzuwerfen, die man ihm in hinreichender Anzahl an den Kopf geschleudert hat. Und da nun einmal die süddeutsche Ecke am Reden ist, kommt gleich hinterher als zweiter Hauptredner von der württembergischen Sozialdemokratie Herr Reil, der es besonders auf den Staatspräsidenten Herr Seimattlandes, Herrn Vassile, abgesehen hat. Es folgt die Rede des ostfälischen deutschnationalen Abgeordneten Dr. Quast, der mit der Bemerkung beginnt, er habe nicht die Absicht, nach der forciert württembergischen Rede des Herrn Reil eine ähnlich forcierte sachliche Rede zu halten. Hier läßt es auf die Sache, auf den Haushalt, an und nicht darauf, von allen möglichen Zinzen zu schwärmen, die nichts mit dem deutschen Finanzproblem zu tun hätten. Dr. Quast wendet sich denn auch sofort sachlichen Ausführungen über den Etat zu, wobei er insbesondere die landwirtschaftliche Seite hervorhebt, ohne dabei allerdings in Einseitigkeit zu verfallen.

Erklärungen des Finanzministers.

Berlin, 23. Jan. Bei Eröffnung der heutigen Reichstags-Sitzung kündigte Präsident Lobe an, daß für die durch die Subsidien-Affäre hervorgerufenen Kosten ein Nachtragsetat zu erwarten sei.
Dr. Röhler gibt an, daß der Etat allerseits kühl beurteilt werden erfahren habe. Es seien jedoch die Finanzminister der Reichsregierung noch nie gerade mit Anerkennung verhältnißlos worden. Jetzt ist, führte er weiter aus, die uns gemähte Er-

holungspause vorüber, und es beginnt das Normaljahr der Dames-Belastung. Ein großer Teil der wirtschaftlichen Aufgaben liegt aber noch in den Anfängen, und viele Probleme sind ungelöst. Man könnte fragen, warum sie nicht in Angriff genommen wurden, als Deutschland noch volle Kassen hatte. Aber solche rückwärtigen Betrachtungen haben wenig Wert. Man hat sich, fuhr der Minister fort, wegen meiner pessimistischen Beurteilung der Finanzlage in meiner vorläufigen Einnahme getadelt. Damals haben aber die sozialdemokratischen Finanzfachverständigen die Lage noch dunkler gesehen. Ich befinde mich also in recht guter Gesellschaft. An der verpateten Beratung des Etats trägt nicht die Reichsregierung die Schuld, sondern der Reichstag.

Unter den heutigen Umständen darf nicht ein Etat angesetzt werden, der am Schluß mit großen Ueber-schüssen endet. Wir müssen auch von dem ungelunden System der Nachtragsetats abkommen.

Den Gegenstand berechtigter Kritik hat der außerordentliche Etat gebildet, der auch der Regierung die größte Sorge bereitet. Es ist aber ein Irrtum, daß an die Reichsbahn ein neues Darlehen von 20 Millionen Mark gegeben werden soll. Tatsächlich soll ein in Aussicht gestelltes Darlehen nicht gegeben werden. Ich muß an der Forderung festhalten, daß die außerordentlichen Ausgaben gedeckelt werden müssen.

Trotz der Kritik an den angeblich zu optimistischen Schätzungen der Einnahmen hat leider kaum einer der Kritiker Abstriche bei den Ausgaben verlangt. Im Gegenteil wurden noch Ausgabenforderungen gestellt.

Ein solches Entem ist unmöglich. Wir können nicht einen Defizitetat aufstellen. Ueber die Ausgestaltung des Etats für 1929 sind auch wir in Sorge. In der Frage der Verfassungs- und Verwaltungsreform ist dann der Regierung vorgeordnet worden, die Erarbeitung der Länderkonferenz einen Fortschritt zu sehen, dann befinden wir uns damit in Uebereinstimmung mit dem preussischen Ministerpräsidenten Braun. Das kürzlich Drängen Dr. Gremers nach dem Einheitsstaat scheint in seiner eigenen Partei nicht überall geteilt zu werden. Sein Fraktionsvorsitzender Dr. Scholz hat zwei Tage später Ausführungen gemacht, die wesentlich ruhiger klangen. Der Vor-sitzende der Deutschen Volkspartei in Baden hat kürzlich gesagt, der Föderalismus müsse aus wirtschaftlichen Gründen hochgehalten werden. Mit der Verwaltungsreform dürfen wir nicht warten bis das Verhältnis zwischen Reich und Ländern neu geregelt ist. Ich hoffe, daß die von der Länderkonferenz eingeleiteten Ausschüsse fruchtbringende Arbeit leisten werden.

(Fortsetzung des Berichts auf Seite 1.)

Held über die Länderkonferenz.

Die Aufgaben des Ausschusses. — Das Kernproblem: Reich und Preußen.

gebungsperiode eine Verlängerung auf fünf Jahre nach dem Vorbilde der alten Reichsverfassung erfolgte. Ursprünglich hatte die Weimarer Verfassung die Lebensdauer des Reichstages sogar nur auf drei Jahre festgelegt. Die dadurch bewirkte Häufung von Neuwahlen hatte aber derartige demagogische Umtriebe in der radikalen Opposition zur Folge und führte in so hohem Maße das positive parlamentarische Schaffen, das Weimarer keine ganze unwiderstehliche Energie einbrachte, um eine Verlängerung der Gesetzgebungsperiode durchzuführen. Das gelang ihm denn auch 1888 durch die Verabschiedung eines Gesetzes, das die Dauer der Gesetzgebungsperiode von drei auf fünf Jahre erhöhte, eine Maßnahme, die sich für die Verabreichung des übertrieben starken Pulsschlages des öffentlichen Lebens, wie ihn die dreijährige Periode erzeugt hätte, und für den ruhigen Fortgang der gesetzgeberischen Tätigkeit des Reichstages in der Folgezeit als äußerst vorteilhaft erwies.

Auch in den Einzelstaaten ließe sich manches bessern, um dem Uebel der Ueberparlamentarisierung zu steuern. Die Vorkämpfer solcher Reformen können hier ebenfalls mit einem bemerkenswerten demokratischen Zeugniss aufwarten. Der sächsische Innenminister, Geh. Regierungsrat Dr. Apelt, erklärt in seiner im Berliner Verlage von Reimar Hobbing erschienenen Abhandlung „Von Bundesstaaten zum Regionalstaat“, daß zur Erledigung der einzelstaatlichen Aufgaben der komplizierte Apparat des parlamentarischen Systems nicht erforderlich sei, vielmehr sei eine gewisse Stetigkeit und Gleichmäßigkeit in der Führung der Geschäfte ein Gebot, das heute häufig nicht hinreichend erfüllt werde. Dr. Apelt meint, es würde genügen, wenn die Regierung in den Ländern bei jedem Zusammentritt des Parlaments von diesem neu gebildet oder bekräftigt würde, worauf sie nur die ganze Dauer der Landtagsperiode im Amt zu verbleiben hätte, ohne in dieser Zeit vom Vertrauen einer Mehrheit abhängig zu sein. Hierdurch würde in den Landesparlamenten viel Zeit gewonnen und ein ruhiges, sachliches Arbeiten wesentlich gefördert werden. Dr. Apelt empfiehlt zum Zwecke der Durchführung einer solchen Erneuerung eine Abänderung des Artikels 17 der Reichsverfassung, der den Grundcharakter der einzelstaatlichen Verfassungen festlegt. Er ist der Ansicht, daß erst nach einer solchen Stabilisierung der Regierungsverhältnisse in den Ländern die Verwaltungsreform dort mit vollem Erfolge durchgeführt werden könne. In diesem Zusammenhange verdient auch der sehr zu begrüßende Vorschlag des sächsischen Finanzministers Weber Erwähnung, der dahin geht, wieder die zweijährigen Etatsperioden, wie im Frieden, einzuführen, um den parlamentarischen Leerlauf bei der jährlichen Etatsberatung, bei der soviel Stroh gedroschen wird, zu unterbinden. Derartige Reformmaßnahmen sind ohne Frage sehr einleuchtend, und ihre Verwirklichung ist ein Ziel, auf das man sich zu wünschen. Sie bedürfen aber zu ihrer praktischen Durchführung einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit, die im jetzigen Reichstage nicht zu haben ist und die auch nach den Neuwahlen nur dann zustande kommen könnte, wenn das Bürgerturn auf der ganzen Linie das höchste Verantwortungsbewußtsein und die äußerste Wahlreudigkeit bestände. Inzwischen müßten die Reichsregierung und die sie stützenden Parteien wenigstens alle Kraft einleihen, um bestehende Disharmonien auszugleichen und den Reichstag noch das ganze Jahre hindurch bei der Stange zu halten. Wenn sogar der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius sich für Neuwahlen schon im Mai ausspricht, so ist das allerdings nicht gerade ermutigend, aber es kann eine überparteiliche Betrachtung der Dinge nicht in der Auffassung erschüttern, daß ein vorzeitiger Wahltermin vom Uebel wäre, nicht zum mindesten auch mit Rücksicht auf das große Kulturwerk der Strafrechtsreform, auf dessen Schädigung durch eine frühere Reichstagsauflösung der ehrwürdige Rektor der Deutschen Volkspartei, Professor Dr. Kahl, in seinem Schreibe an den Reichskanzler mit beweglichen und eindringlichen Worten hingewiesen hat. Es wäre ein hartes Armutszeugnis für den deutschen Parlamentarismus, wenn er seine wahlpolitische Negativität nicht noch so lange im Raume halten könnte, bis die Strafrechtsreform verabschiedet ist.

Wesfarp über Wahl und Reichsreform.

Berlin, 23. Jan. In einer Wahlversammlung in Neuzelle führte Graf Wesfarp aus: Das Jahr 1928 ist Wahljahr im Reich und in den meisten deutschen Ländern, aber auch in Frankreich, Amerika, wahrscheinlich auch in England. Ueberall betreibt und erwartet die Sozialdemokratie und Demokratie den Aufbruch nach links auf lange Zeit hinaus. Sie tritt in Deutschland unter günstigen Vorzeichen in den Kampf. In Weimarer-Streitigkeiten erzielten wir bei den Reichstagswahlen 18.000, bei den letzten Landtagswahlen 10.000 Stimmen. Die Sozialdemokraten gewannen von einer Landtagswahl zur anderen 7.400, fast die Hälfte. Wesfarp beklagte, daß auch dieses Mal für Weimarer-Streitigkeiten 13 Listen aufgestellt sind und ging dann auf die Ergebnisse der Länderkonferenz ein, wo man zwar über die Notwendigkeit einer Reform, nicht aber über ihre Art und Weise einig geworden sei. Immerhin habe die Konferenz dem unitarischen Zwang und der Aushöhlung der Einzelstaatlichkeit einen Riegel vorgeschoben. Sie hat darüber hinaus das Verbotnis aller Landesregierungen zu positiven Vorschlägen gebracht, durch die den schlimmsten Folgen abgeholfen werden soll, die aus dem systemlosen Nebeneinander von Reich und Ländern und planloser Verschwendung hervorgehen. Unsere Partei wird darüber wachen, daß die Vorschläge nicht in Ausschüssen begraben bleiben. Das wichtigste freilich bleibt die Beseitigung der absoluten Kleinherrschaft von Parteimehrheiten, die auf die Beliebtheit der Wählermenge eingestützt, jede finanzielle Verantwortung vermissen lassen, samt erlegt die deutsche Wirtschaft endgültig dem Druck der öffentlichen Kosten und der Vielregiererei.

Um den Verwaltungsratsposten der Bahn.

Berlin, 23. Januar. In parlamentarischen Kreisen sind die Ausführungen des Reichskanzlers Dr. Marx über die Berücksichtigung der von der preussischen Regierung erhobenen Ansprüche auf einen Sitz im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft dahin verstanden worden, daß die durch die Dawes-Gesetze bedingte Autonomie der Deutschen Reichsbahngesellschaft der Regierung keine Möglichkeit abt, auf die Zusammenfassung des Verwaltungsrates außerhalb der gesetzlich genau geregelten Fälle einen Einfluß zu nehmen.

Wie die T. U. hört, beabsichtigt die Reichsregierung infolgedessen im Reichstag das gesamte Material dieser Angelegenheit zu unterbreiten und mitzuteilen, daß eine erneute Anrufung des Staatsgerichtshofes durch Preußen der angelegentlichste Weg sei, um die notwendigen Richtlinien für die Ausführung der damaligen Entscheidung des Staatsgerichtshofes festlegen zu lassen. In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß dieser Weg auch schon deshalb notwendig sei, um klarzustellen, wie weit die von den übrigen Reichsbahnländern Württemberg, Bayern, Sachsen und Baden im Hinblick auf die Wünsche nach einer analogen Berücksichtigung im Verwaltungsrat mit der notwendigen Sicherheit des gesetzlich festgelegten Einflusses auf die Deutsche Reichsbahngesellschaft vereinbart werden können. Wie verlautet, rechnet man in parlamentarischen Kreisen damit, daß in dieser ganzen, von Preußen wieder aufgerollten Angelegenheit kein weiterer Schritt erfolgen wird, ehe der Reichstag das ihm von der Reichsregierung unterbreitete Material geprüft hat.

Die Divisionäre werden nach Berlin beordert. Nach einer Korrespondenzmeldung wird Reichswehrminister Gröner in den nächsten Tagen die zehn Divisionskommandeure der Reichswehr nach Berlin beordern, um mit ihnen eine Reihe von schwebenden militärischen Fragen zu besprechen.

München, 23. Januar. Ministerpräsident Dr. Held gab heute nachmittags den Vertretern der Presse eine ausführliche Darstellung über den Verlauf und die Ergebnisse der Länderkonferenz. Die Ausführungen der Reichsrenten und Ländervertreter auf der Konferenz fasste er dahin zusammen, daß mit Ausnahme von Hessen und Braunschweig, abgesehen von Preußen, alle Staaten den Standpunkt eingenommen hätten, der in den Referaten von Bayern und Württemberg niedergelegt war, während die Reichsregierung sich einer Stellungnahme bis auf die kurzen Ausführungen des Reichsarbeitsministers und die Schlussansprache des Vizekanzlers enthalten habe.

Der von der Konferenz beschlossene Ausschuss, dessen Zusammensetzung stark umritten gewesen sei, werde aus 18 Mitgliedern bestehen, und zwar neun aus Vertretern der Länder, fünf des Reiches, zwei der Wirtschaft und zwei der Wissenschaft. Nach dem Wunsch Bayerns werde dem Ausschuss auch Reichspostminister Dr. Schädel angehören. Die Benennung der Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft liegen noch aus. Von den Ländern würden Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen, Thüringen, Hamburg, Hessen, Oldenburg und Anhalt vertreten sein. Der Ausschuss werde sich nicht nur mit den Fragen des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, sondern auch mit den Fragen der Verwaltungsvereinfachung beschäftigen. Das Hauptergebnis der Länderkonferenz sei die volle Einsicht darüber, daß die Weimarer Verfassung nicht das gehalten habe, was sie versprochen habe, daß sie unzulänglich und im höchsten Grade reformbedürftig, hinsichtlich der großen Prinzipienfrage der Gestaltung des Reiches, sei.

Das zweite Ergebnis sei, daß nahezu die ganze Konferenz sich gegen Teillösungen erklärt habe und daß dringens die glatte Ablehnung des Gedankens der Schaffung von Reichsländern erfolgt sei. Dem Gedanken der Uebernahme so genannter Zuständigkeiten von Ländern durch das Reich lehnte der Redner ab, da durch sie sich das Reich einen Verwaltungsunterbau schaffen würde, der nach und nach einen Verwaltungsstaat mit sich bringen würde. Als viertes Ergebnis komme hinzu, daß das Argument von dem billigen Einheitsstaat auf der Länderkonferenz völlig fallengelassen worden sei.

Das Kernproblem der innerdeutschen Frage sei das Verhältnis zwischen Preußen und Reich. Er glaube nicht, daß eine brauchbare Lösung der Gesamtfrage gefunden werden könne, wenn nicht in diesem Mittelpunkt des Problems ein gangbarer Mittelweg gefunden würde. Eine Anlehnung an Veronalunion zwischen Reichsrenten und preussischem Ministerpräsidenten sei angesichts des heutigen parlamentarischen Systems schwer vorstellbar. Der latente Gegensatz zwischen Reich und Preußen habe der Konferenz überhaupt das Signum gegeben. Es handele sich um ein Ringen um die politische Macht zwischen Reichsregierung und preussischer Regierung, in dem eine Lösung nicht so leicht herzustellen sein werde.

Das Zentrum schreitet zur Tat.

Anträge zur Verwaltungsreform. Berlin, 23. Januar. Um die Frage der Verwaltungsreform in den Ländern aus dem Stadium der Diskussion in die Wirklichkeit zu rücken, hat die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags einen Antrag eingebracht, in dem beantragt wird: 1. eine entsprechende Zusammenlegung von bisher nebeneinander bestehenden Behörden, 2. eine zweckmäßige, den heutigen Verhältnissen angepaßte und mit den Interessen der Bevölkerung im Einklange stehende Abgrenzung der preussischen Verwaltungsbezirke.

3. Eine den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werdende Vereinfachung des Zuständigkeitsbereichs; 4. die Beseitigung von überflüssig erscheinenden Behörden; 5. eine Wegweisung zur Beseitigung der zahlreichen im preussischen Staatsgebiet liegenden Enklaven. Dabei müßte als Resultat der Vorlage gleichermäßen eine Vereinfachung der gesamten Verwaltungsarbeit und eine Herabsetzung der Verwaltungskosten praktisch erreicht werden. Wie eine Berliner Korrespondenz hört, wird der Reichspostminister, Minister Sämisch, vornehmlich von Oldenburg und Anhalt aufgefordert werden, Einsparungsvorschläge zu machen.

Kurswechsel der U. G. A.-Politik in China.

Amerikanisch-chinesische Vertragsrevision?

New York, 23. Januar. Wie aus Washington berichtet wird, hat der Sekretär der amerikanischen Gesellschaft für fremde Mission in einer Rede in Atlantic-City erklärt, ihm sei von autoritativer Seite mitgeteilt worden, daß eine Konferenz zwecks Revision der zwischen den Vereinigten Staaten und China bestehenden Verträge noch in den ersten drei Monaten des Jahres einberufen werden würde. Chinesischerseits seien bereits Vertreter für diese Verhandlungen benannt worden. Dieser Mitteilung kommt besondere Bedeutung zu, da bekanntlich die amerikanischen Gesellschaften an China stark interessiert sind und außerordentlich gut unterrichtet zu sein pflegen. Einem Zustandekommen einer chinesisch-amerikanischen Konferenz zur Herbeiführung einer Revision der bestehenden Verträge würde größte politische Bedeutung zukommen, da eine Stellungnahme der Vereinigten Staaten zugunsten einer Revision der Verträge naturgemäß die Lage aller europäischen Mächte in China entscheidend beeinflussen würde.

Borah warnt vor Rüstungen und Kriegshege

New York, 23. Jan. Senator Borah sprach sich allerseits gegen das amerikanisch-englische Bettecknis aus. Borah sah sich zu seiner Rede veranlaßt durch eine Rede des Admirals Plunfest, der den Krieg mit England für nahe und unvermeidlich erklärte und durch die Forderung des Admirals Hughes, des Chefs der amerikanischen Flottenoperationaldivision auf Neufundland der amerikanischen Marine. Senator Borah forderte Amerikas Bevölkerung auf, sich nicht gegen alle Kriegsbedürfnisse vorzugehen, da sie unheilvoll seien. Ein derartiges vergrößertes Flottenprogramm in Verbindung mit Erklärungen der Admirale beider Länder, sei dazu angetan, den Krieg heranzubehewahren. Eine große amerikanische Flotte sei kein Handelsstütze mehr, sondern sei ein Anreiz für den nahen unvermeidlichen Krieg. Admiral Hughes forderte nämlich nicht nur ein Flottenprogramm, sondern erklärte, daß das nur ein Anfang sei. Gleichzeitig drückte Hughes die Möglichkeit von Neufundland, die den Krieg bedeuten würden. Senator Borah erinnerte an

das Beispiel des englisch-deutschen Bettecknis und erklärte, daß alle Nationen rüsten würden, wenn eine zu rüsten begänne. Einige Drohungen genügen und der Krieg ist da.

Aber in Nicaragua marschieren die Truppen.

Managua, 23. Januar. Gestern traten amerikanische Truppen in Stärke von etwa 1000 Mann Marine-Soldaten von der einem Kriegslager gleichenden Stadt Leon aus den Vormarsch nach Nueva Segovia an, um die Anhänger Sandinos aus ihren Versteckungen zu vertreiben. Der Marsch der mit modernstem Kriegsmaterial, darunter auch Gebirgsartillerie, ausgerüsteten Truppen ist auf acht Tage veranschlagt.

Die Investigation soll ausprobiert werden.

Ungarn als Versuchsterrain. Paris, 23. Jan. Wie der „Information“ aus Genf gemeldet wird, werden die Noten der Staaten der Kleinen Entente über die Waffenschmuggelaffäre vom Zent-Gottard noch heute in Genf erwartet. Der Korrespondent des „Matin“ knüpft hieran die Frage, was der Völkerbund tun werde, da ihm für die Ausübung der Militärkontrolle nicht mehr als das Embryo einer nur in der Theorie vorhandenen Organisation zur Verfügung stehe. Es sei daher seine Pflicht, ein praktisches Verfahren auszuarbeiten, das in geeigneten Fällen angewandt werden könne. Heute handle es sich um Ungarn, aber morgen könne schon Deutschland in Frage kommen.

Dagegen erklärt Reuters, Endgültiges über den Inhalt der Note sei nicht bekannt, doch glaubt man nicht, daß die Kleine Entente auf einer Untersuchung bestehen werde.

Die Prager Konferenz.

Goldan und Sugimura nach Prag abgereist. Genf, 23. Januar. In der am 20. Januar in Prag stattfindenden Konferenz für den Sicherheitsausschuss sind heute der Direktor der Abrüstungsabteilung des Völkerbundsekretariats, Goldan, sowie der Leiter der politischen Abteilung, der Untergeneralsekretär Sugimura, in Begleitung mehrerer höherer Beamter, darunter zweier deutscher Beamter, nach Prag abgereist. Zu den deutschen Beamten gehört das Mitglied der juristischen Abteilung, Dr. Barando.

Gegen die Splitterparteien.

Bereitstellung eines Gesetzes. Berlin, 23. Januar. Wie es heißt, werden am Dienstag die Beratungen zwischen den Parteien über einen Gesetzentwurf, der die Frage der Splitterparteien behandelt, beginnen, und zwar sollen sich für diesen Gesetzentwurf alle großen Parteien des Reichstages einmengen. Es sind bereits unverbindliche Vorschläge ausgearbeitet worden. Es ist unter anderem vorgesehen, daß für jeden Wahlvorschlag eines Wahlkreises gefordert werden kann, daß er so viel Unterschriften Wahlberechtigter aus dem Wahlkreis aufweist, als die Hälfte der Stimmenzahl beträgt, die zur Erzielung eines Mandats notwendig sind. Weiter soll vorgesehen sein, daß für jeden Wahlvorschlag eines Wahlkreises die Hinterlegung eines Geldbetrages gefordert werden kann, der der ungefähren Höhe der Wahlkosten entspricht. Schließlich soll in den Verhandlungen erörtert werden, ob die neuen Bestimmungen des Reiches und der Länder auch für die gegenwärtige Gesetzgebungsperiode Gültigkeit erhalten sollen.

Ein Sparappell an die Städte.

Wünsche des Städtetages. Berlin, 23. Januar. Der Vorstand des Deutschen Städtetages nahm einstimmig eine Entschließung an, in der im Hinblick auf die gettelte finanzielle und wirtschaftspolitische Spannung an die deutschen Stadtverwaltungen die dringende Aufforderung gerichtet wird, jegliche vermeidbare Ausgabe zu unterlassen. Die deutschen Städte wollten in vollem Umfange der durch die Gesamtlage des deutschen Volkes bedingten Wirtschaft- und Finanzpolitik Rechnung tragen. Die Verringerung der sozialen Not und die Ueberwindung der Wohnungsnot beanspruchten die äußerste Kraftanstrengung der Städte. Wenn sich durch die notwendige Ausgabenbeschränkung bei den Gemeinden Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Beschäftigungsgrad der Wirtschaft ergäben, so liege die Ursache in der Finanzpolitik des Reiches.

Während die Wirtschaft durch eine Senkung der Reallohnern verlange, seien den Gemeinden fortgesetzt neue Lasten auferlegt worden. (Wohnungsbaufrage, Reichsurlaubsges.) Die aufgelegte Forderung nach einer zehnprozentigen Ausgabenkürzung sei bei dieser Sachlage undurchführbar. Um so dring-

licher sei die Durchführung einer organischen Verwaltungsreform in Reich und Ländern. Bei ihrer Vorbereitung müßten die kommunalen Interessen die größtmögliche Berücksichtigung finden.

In einer zweiten Entschließung weist der Vorstand des Deutschen Städtetages den Vorwurf zurück, daß der Städtetag bei der Propagierung der Bekämpfung der sozialen Not die Interessen unter dem Deckmantel sozialer Reformen verfolge und die Städte ein Interesse an der Steigerung des Alkoholverbrauchs hätten. Der Städtetag habe einwachen Grundsläbe über positive Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs aufgestellt. Ein Alkoholverbot für Deutschland erhebt der Städtetag nicht. Getränkesteuern aber seien notwendig.

Auf Anlaß des Städtetages hatte der Präsident und Vizepräsident zu einem Empfang eingeladen, an dem außer dem aus vielen Teilen des Reiches erschienenen Mitglieder des Vorstandes Vertreter der Reichsregierung und der preussischen Regierung, der Parlamente, der Behörden, der Wissenschaft und der Wirtschaft in großer Zahl teilnahmen. Unter den Gästen befand sich u. a. auch Dr. Blüher (Dresden).

Am Mittwoch Woldemaras in Berlin.

Ein deutsch-litauischer Schiedsgerichtsvertrag? Berlin, 23. Jan. Wie nunmehr feststeht, wird der litauische Ministerpräsident Woldemaras am Mittwoch an mehrtägigen Besprechungen in Berlin eintreffen. In erster Linie wird über den deutsch-litauischen Handelsvertrag verhandelt werden, ferner steht eine Reihe von Abkommen, die sich aus dem Verlust des Memelgebietes an Litauen ergeben haben, zur Beratung. Es handelt sich besonders um die Regelung der Fischer, den Grenzverkehr, die Frage der Militärrenten und Beamtenpensionen, sowie um den weiteren Aufenthalt der Optanten. Außerdem ist anzunehmen, daß über den Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages, wie ihn Deutschland bereits mit einer Reihe anderer Länder abgeschlossen hat, verhandelt werden wird.

Amstanztritt des neu ernannten Sowjetbotschafters in Paris. Dowgalewski hat heute vormittag dem Präsidenten sein Resignationsschreiben überreicht. In den bedauerlichen Ausdrücken wurden die üblichen Phrasen der Friedensbetreibungen gewechselt. Dowgalewski sprach den Wunsch auf Fortsetzung der Wirtschaftsverhandlungen aus.

Dr. Quack gegen die Illusionspolitik.

Den Blick nach Osten.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Nach dem Sozialdemokraten Keil, der u. a. betonte, daß die Koalition keineswegs ein „trautes und harmonisches Familienleben“ führe, erhielt in der heutigen Reichstags-Sitzung der deutschnationale Fraktionsredner Dr. Quack das Wort.

Er dankte dem Finanzminister für sein Streben nach Sparsamkeit und erinnerte an das Wort Friedrichs des Großen, daß ein Land nur zu Glück und Achtung gelangen könne, wenn es die Ordnung in seinen Finanzen aufrechterhalte. Das Konjunkturbild, das der Finanzminister entrollt habe, sei einseitig. Eine normale Konjunktur müsse sich auch in der Landwirtschaft widerspiegeln. Der große Aufschwung der deutschen Wirtschaft seit der Weimarerzeit und der Wirtschaftspolitik habe gleichmäßig Industrie und Landwirtschaft betroffen.

Im neuen Deutschland aber gehe die Landwirtschaft zurück.

Ohne ihre Schuld. Sie habe namentlich an Düngemitteln und Maschinen außerordentlich hohe Mittel investiert. Die Ungunst der Lage aber habe das paradoxe Bild ergeben, daß es denjenigen Wirtschaften am schlechtesten gehe, die am besten gewirtschaftet, d. h. am meisten nach Intensivierung gestrebt hätten. Die Not der Landwirtschaft bedrohe das gesamte deutsche Volk mit einer Katastrophe. Sie sei gleichbedeutend mit der Not des deutschen Ostens, denn wir laufen Gefahr, mitten im sogenannten Frieden die Kernprovinzen des alten preussischen Staates zu verlieren. Der historische Sinn des Weltkrieges sei, daß

das deutsche Gesicht nach Osten

sich kehren müsse. Ostpreußen müsse aus seiner Isolation errettet werden. Deutschland müsse eine großzügige Ostpolitik betreiben.

Vor der Tat stehe die Erkenntnis. Woher die Not der Landwirtschaft und des deutschen Ostens? Ursache sei die furchtbare Vintenziehung durch die Tribute. Jahr für Jahr verschulde sich das deutsche Volk für seine Ernährung um Milliarden an das Ausland, weil es eine unbegleitete Ausfuhr zur Bezahlung der Tribute zu leisten habe. Ob diese Ausfuhr in Gestalt von Barzahlungen oder Sachleistungen erfolge, sei eine Frage von geringerer Bedeutung. Die Tatsache sei nicht zu bezweifeln, daß die deutschen Tribute aus Krediten geleistet seien. Darin seien sich alle Sachkenner einig. So bietet die deutsche Zahlungsbilanz unter dem Druck der Reparationsleistungen ein einigermassen hoffnungsloses Bild. Bei einer Gesamtsumme von einer Buchseite von etwa 30 Milliarden ergebe sich ein Fehlbetrag von mehr als ein Viertel in Gestalt einer Schuldenvermehrung von 1,4 Milliarden Mark.

Der Verlust in der Handelsbilanz allein betrage etwa 3,7 Milliarden. In der Zukunft werde dieses Bild sich noch verschlechtern, weil sowohl die Reparationsleistungen wie die Zinslast sich noch steigern würden.

Wie stark die deutsche Kapitalkraft gekümmert ist, ergibt sich aus dem Stande der deutschen Kreditbanken, deren Aktienkapital noch nicht die Hälfte des Friedenskapitals beträgt. Ein wesentlicher Produktionserschwerer ist der teure Geldmarkt. Kurzfristiges Geld koste in Deutschland 8 Prozent, im Auslande die Hälfte. Besonders leide die Landwirtschaft bei ihrem langsamen Kapitalumschlag unter den hohen Geldpreisen, die für sie weitgehend über dem genannten Durchschnitt von 8 Prozent liegen.

Der Kreditstrom nach Deutschland ist ein Warenstrom.

Die fremde Ware vertreibt den Bauern von der Scholle und den Arbeiter von der Arbeitstätte. Eine Konjunktur kann nur von Bestand sein, wenn sie die Basis des inneren Marktes hat, d. h. die Landwirtschaft an ihr teil hat. Erfah auf dem Weltmarkt kann nicht geschaffen werden. Der europäische Handel ist infolge der Balkanisierung Europas katastrophal zurückgegangen. Er beträgt nur 88 Prozent der Vorkriegszeit, während Amerika einen Index von 134 hat. Die Erdölkrise in der Weltwirtschaft haben ihren Grund wie in Deutschland darin, daß die landwirtschaftliche Produktion hinter der industriellen zurückgeblieben ist. Daher der Kampf um den Absatz zwischen den Industrieländern, deren Zahl gegen die Friedenszeit erheblich gewachsen ist.

Die Idee, daß wir uns am Flusse an der Sonne auf dem Weltmarkt stark erweitern können, wird sich als Illusion erweisen.

Auch Exportkredite werden daran wenig ändern, werden aber dem deutschen Steuerzahler viel Geld kosten. Dies Geld, das dem Auslande deutsche Ware billig verschaffen will, wäre nützlicher angewendet, wenn es zur Hebung der landwirtschaftlichen Kräfte in Deutschland verwendet würde. Es gibt keine gefährlichere Politik als die Politik der Illusion.

Haben wir aber für Produktionspolitik Geld? Diese Frage ist zu bejahen. Der Reichsdebat ist, in großen Zügen dargestellt, gedrittelt: ein starkes Drittel sind die Kriegslasten, ein zweites Drittel geht an die Länder und Gemeinden in Gestalt von Ueberweisungen, erst das dritte Drittel bleibt im Reiche und wird überwiegend für soziale Zwecke verwendet. Steuererhöhungen lehnt der Finanzminister mit Recht ab. Die deutsche Wirtschaft ist bereits übersteuert. Sie braucht Steuererleichterungen. Ganz besonders die Landwirtschaft verdonnen von den Steuern befreit werden müssen, wie es Friedrich der Große nach dem Siebenjährigen Kriege getan hat.

Daher Parole: Ersparnisse!

Wir brauchen eine Sparpolitik im großen Stile. Der Dualismus zwischen Preußen und dem Reiche ist ein tiefer finanzieller Luxus. Die Apparate arbeiten gegeneinander. Die Parlamentarisierung der Verwaltung in allen Instanzen führt zu einer reinen Ausgabepolitik. Diese Zerrbilder des Parlamentarismus werden schließlich das parlamentarische System ad absurdum führen. Ein böses Beispiel ist die preussische Verwaltung. Das Reich muß hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Die Selbstbeschränkung der Parlamente ist die alte deutschnationale Forderung. Redner dankt dem Finanzminister, daß er sie sich zu eigen macht. Die Aufgabe des Parlaments ist die Kontrolle der Verwaltung, nicht Weisung im Ausgeben. In ähnlicher Weise müssen die Länder und Gemeinden sich einrichten. Sie können auf die Dauer nicht mit steigenden Ueberweisungen rechnen. Namentlich die Gemeinden müssen den Weg zur Sparsamkeit zurückfinden.

Einem rationellen Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern steht wieder der Dawesplan entgegen. Erwähne die Tributsumme nicht fest bestimmt ist, hängt ein Damoklesschwert über dem Haupt jedes Finanzministers. Hier liegt ein grundlegender Irrtum des Reparationsagenten vor. Das Reich will sein Verhältniß zu den Ländern reformieren, der Dawesplan hindert es daran!

Zur Frage der Verfassungsreform wendet sich Dr. Quack

gegen den Unitarismus.

Kur das Historischgewordene und Organischgewachsene habe Dauer. Einheit sei auch ohne Unitarismus möglich. Auch

das Weimarer Reich habe eine kräftige Einheit besessen. Diese Einheit habe die Weimarer Verfassung gerettet. Der Dualismus zwischen Preußen und dem Reiche müsse beseitigt werden. Der preussische Staatsgedanke müsse der Träger des Reichsgebildens werden. Die Eigenstaatlichkeit der Länder sei ein wertvolles nationales Gut. Entscheidend ist die Regelung der Tributfrage.

Verschwendung im Innern ist nicht reiner Verlust. Das Geld bleibt im Lande. Die Tributsummen bedeuten Kapitalverlust und werden durch geborgtes Geld ersetzt, das die Last der kommenden Generation erhöht. Hier liegt das A und O der deutschen Frage. Dieser furchtbare Zirkel der fremden Gelder durch den deutschen Volkstörper hindurch muß gebremst werden. Die deutsche Wirtschaft muß auf eigene Füße gestellt werden. Das Reformproblem muß mit der Hebung der Landwirtschaft beginnen. Das wichtigste dazu ist die Regulierung des landwirtschaftlichen Kredits. Der Redner richtete noch einen Appell an die Reichsregierung, alle Kräfte auf dieses Ziel zu konzentrieren, und dankte dem Minister Schiele für sein energisches Vorgehen.

Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft.

Die Forderungen der Regierungsparteien.

Berlin, 23. Jan. Die interfraktionellen Besprechungen über Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft, die heute vormittag wegen der Abwesenheit des Reichsfinanzministers Dr. Adhler nur von kurzer Dauer waren, wurden heute nachmittags fortgesetzt. Die Parteien haben dabei, wie das Nachrichtenbüro des B. D. Z. hört, dem Reichsfinanzminister im wesentlichen folgende Forderungen unterbreitet:

1. Uebernahme des Zinsendienstes der Rentenbankkredite für das Jahr 1928 bzw. für die Dauer des Notstandes durch das Reich.
2. Einschaltung von Zwischenkrediten zur Verbilligung des Zinsendienstes für ausländische Anleihen.
3. Verhandlungen mit der preussischen Staatsregierung über die Beschränkung der Einfuhr von ausländischem Fleisch.
4. Ermäßigung der Einkommensteuererläge zugunsten des Kleinbauernturns.

Die Parteien erwarten, daß der Reichsfinanzminister seinen Standpunkt zu diesen Forderungen darlegt. Ein

Was die ähere Schuld anbetrifft, so erklärt Redner, zu dem Vorschlag des Reparationsagenten nicht abschließend Stellung nehmen zu können. Deutschland sei bereit, frei und unter eigener Verantwortung eine Schuld auf sich zu nehmen, die seinen Kräften angemessen sei. Dazu gehöre aber

völlige und reifliche Freiheit.

Dazu gehöre aber auch die Wiederherstellung der agrarischen Basis der deutschen Volkswirtschaft, ohne die sie nach ihrer Abdrängung vom Weltmarkt nicht bestehen könne. Schließlich fordert der Redner die Rückgabe des deutschen Bodens im Osten als eine Vorbedingung für die Wiederherstellung des deutschen Volksebens.

„Ein Volk ohne Ziele“, sagt Machiavelli, „muß zwischen Mächten mit Ehrgeiz notwendig zugrunde gehen.“ In den großen nationalen Zielen darf es keine Parteienunterschiede geben. Wir wollen unser Vaterland nicht beherrschen, wir wollen ihm dienen.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Schröder (Völk.) werden die Beratungen abgebrochen und auf Dienstag, 2 Uhr, vertagt.

Was unbedingt nötig ist.

Der Pommersche Landbund an Reichsernährungsminister Schiele. Ettin, 23. Januar. Im Hinblick auf die katastrophale Lage der pommerschen Landwirtschaft hat der Pommersche Landbund nachstehendes Telegramm an den Reichsernährungsminister Schiele geschickt: Sanierungsplan bringt nichts, was Lage der Landwirtschaft dauernd bessern könnte. Lediglich überschuldete Betriebe erhalten Erleichterung, die sie nicht retten, während Gesamtstand der Landwirtschaft weitergeht. Ein Programm, das nicht grundsätzlichen Wandel der Landwirtschaft bringt, lehnen wir ab. Beseitigung der gesamten Rentenbankverzinsung und der preussischen Staatsgrundsteuer ist neben der Umschuldung als erste Maßnahme unerlässlich.

Was unbedingt nötig ist.

Der Pommersche Landbund an Reichsernährungsminister Schiele.

Ettin, 23. Januar. Im Hinblick auf die katastrophale Lage der pommerschen Landwirtschaft hat der Pommersche Landbund nachstehendes Telegramm an den Reichsernährungsminister Schiele geschickt: Sanierungsplan bringt nichts, was Lage der Landwirtschaft dauernd bessern könnte. Lediglich überschuldete Betriebe erhalten Erleichterung, die sie nicht retten, während Gesamtstand der Landwirtschaft weitergeht. Ein Programm, das nicht grundsätzlichen Wandel der Landwirtschaft bringt, lehnen wir ab. Beseitigung der gesamten Rentenbankverzinsung und der preussischen Staatsgrundsteuer ist neben der Umschuldung als erste Maßnahme unerlässlich.

Neue Spannung zwischen Zentrum und Volkspartei

Versteifung in der Simultanschulfrage.

Berlin, 23. Jan. Die interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien über den § 20 des Schulgesetzes sind unterbrochen worden, ohne daß bisher eine Annäherung der gegenwärtigen Anschauungen zwischen Volkspartei und Zentrum festgestellt werden kann. Vom Zentrum wird, wie das Nachrichtenbüro des B. D. Z. hört, die Forderung der Deutschen Volkspartei, wonach in den Ländern, wo „nach Gesetz und Herkommen“ die Simultanschule bisher besteht, es beim alten bleiben soll, als ganz unannehmbar und verfassungswidrig bezeichnet, weil die Verfassung den Begriff des „Herkommens“ nicht kennt. Bei Annahme einer solchen Bestimmung könnten verschiedene andere Länder, wie z. B. Sachsen, durch den Staatsgerichtshof eine Entscheidung erzwingen, wonach auch sie von der Geltung des Schulgesetzes ausgenommen werden. In Zentrumskreisen wird die Ansicht auf eine Verständigung sehr pessimistisch beurteilt, und es wird betont,

daß das Zentrum entschlossen sei, seine Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen,

wenn der Standpunkt des Zentrums nicht durchgekehrt werde. Die Besprechungen sollen fortgesetzt werden; sie dürften noch längere Zeit in Anspruch nehmen.

Auch von volksparteilicher Seite verlautet, daß die weiteren Aussichten der Verhandlungen von den Unterhändlern dieser Partei nach der heutigen Besprechung auf eine rechtlich pessimistisch beurteilt werden. Die Volkspartei hält ihren Standpunkt in der Frage der Weiterführung der Simultanschule aufrecht.

In den interfraktionellen Verhandlungen über das Schulgesetz erfährt das Nachrichtenbüro des B. D. Z. noch von unterrichteter Seite, daß es

gelungen ist in der Frage der Kosten der Durchführung des Gesetzes eine Einigung zu erzielen,

und zwar wurde das Kompromiß in der Richtung gefunden, daß die Reichsregierung einen Fonds bilden soll, aus dem finanziell leistungsschwachen Ländern Mittel zur Durchführung des Gesetzes zur Verfügung gestellt werden sollen.

Beratungen des Reichskabinetts.

Berlin, 23. Januar. (Privatinformation.) Wie wir erfahren, hielt das Reichskabinett eine kurze Sitzung ab, die sich mit dem Stand der Verhandlungen über das Reichsschulgesetz beschäftigte.

Wie ist die parlamentarische Lage?

Marx und Gumbard. — Das Schulgesetz.

(Drahtmeldung unserer Verl. Schriftleitung.)

Berlin, 23. Januar. In parlamentarischen Kreisen wird der Eindruck der heutigen Reichstags-Sitzung, daß eine gewisse Entspannung eingetreten sei, bestätigt. Das liegt, wie wir aus guter Quelle erfahren, vor allem auch daran, daß es den Anschein hat, als ob die Kämpfe im Zentrum zu einem gewissen Abschluß gelangt sind. In der Partei verweist sich nämlich zusehends die dieser Tage durch die Vorstände Imbusch-Stegerwald wankend gewordene Anschauung, daß Herr v. Gumbard doch nicht der geeignete Mann dafür sei, den Reichskanzler Marx in einer kommenden Kombination in seinem Amt abzulösen. Marx hat wieder Oberwasser bekommen, was allerdings nicht besagen kann, daß dadurch die Kämpfe im Zentrum als abgeklungen gelten können. Politisch ist daran für die Rechte nur wesentlich, daß die Gefahren, die der jetzigen Regierungskoalition von ihnen drohen, zunächst gemildert zu sein scheinen. Auch auf volksparteilicher Seite ist man bemüht, die Rede des Abg. Cremer zu mildern. Es wird sich beim volksparteilichen Redner der zweiten Garnitur, der morgen zu Worte kommt, zeigen, ob sich dieser Eindruck bestätigt. Jedemfalls hat der Reichsfinanzminister Adhler in seiner heutigen Rede darauf hingewiesen, daß der volksparteiliche Fraktionsführer Dr. Scholz offenbar in wichtigen Fragen durchaus anderer Meinung als Cremer ist.

37 Millionen Mark Schulgesetzkosten in Sachsen.

Das sächsische Volksbildungsministerium hatte bei den Bezirksschulämtern eine Umfrage über die voraussichtlichen Kosten der Durchführung des Reichsschulgesetzes in Sachsen veranstaltet. Jetzt sind die Berechnungen im Ministerium zusammengefaßt worden und haben als einmalige Gesamtsumme der Mehrkosten den Betrag von rund 37 Millionen Mark ergeben. Wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, werden sich die laufenden Mehrkosten gegenüber dem augenblicklichen Zustand auf rund 3 bis 4 Millionen Mark jährlich belaufen. Diese amtliche Zusammenstellung hat natürlich auch nur Wahrscheinlichkeitswert, da die Durchführung des Gesetzes erst einmal abgewartet werden muß. Im übrigen sei vermerkt, daß die Gegner des Reichsschulgesetzes an diesen verhältnismäßig niedrigen Zahlen keine Freude haben werden. Von dieser Seite wurde bekanntlich mit Hochdruck gearbeitet. Vereinsweise sei hinzugefügt, daß z. B. die Durchführung der akademischen Volksschullehrerbildung in Sachsen in den späteren Jahren an laufenden jährlichen Kosten allein so viel ausmachen wird, wie die einmalige Ausgabe für die Durchführung des Reichsschulgesetzes in Sachsen.

Briefkasten

Auf zahlreiche Anfragen: „Was sollen wir tun, um die 5000 RM. der I. Prämie oder eine andere der „Burgess-Jubiläums-Stiftung“ zu gewinnen?“

antwortet die Stifterin:

„Die 25000 Reichsmark der Burgess-Jubiläumsstiftung sind ausgesetzt für diejenigen Sekt-Kenner aus dem Privatpublikum, die Burgess an andere Sekt-Freunde wirkungsvoll empfehlen, gleichgültig ob diese Empfehlung früher oder jetzt erfolgt.“

Für die überzeugendste Schilderung solcher Empfehlung sind die 500 Prämien der „Burgess-Jubiläums-Stiftung“ ausgesetzt. * Statuten gratis überall oder bei Burgess, Hochheim a. Main.



TRAPE BEUNEN

Vertiliches und Gächliches.

Die Abjage Dr. Kaisers für die Protestkundgebung gegen das Reichsschulgesetz.

Das Organ der Deutschen Volkspartei, die „Sachsenstimme“, beschäftigt sich mit der Meldung der „Dresdner Volkszeitung“, wonach Volksbildungsminister Dr. Kaiser angeblich unter dem Trude der Zentrumslage gezwungen worden sei, seine Mitwirkung an der am 22. Januar abgehaltenen Protestkundgebung gegen das Reichsschulgesetz abzulegen, und schreibt u. a.:

Die Konstitutionen des Sozialistenblattes sind geradezu grotesk. Da es sich absolut nicht darüber beruhigen kann, daß Minister Dr. Kaiser dankend darauf verzichtet hat, seine sachliche Auffassung zu bestimmten Paragraphen des Reichsschulgesetzes in einer Versammlung darzulegen, über deren parteipolitischen Charakter er bei seiner anfänglichen Zusage im unklaren war, bemüht es sich, diese selbstverständliche Stellungnahme des Ministers in ein geheimnisvolles parteipolitisches Halbversteck zu hüllen. Es ist von Anfang an nie ein Geheimnis gewesen, daß die Beurteilung einzelner Paragraphen des Schulgesetzes in den Kreisen der Deutschen Volkspartei — genau so wie bei allen anderen Parteien — nicht einheitlich ist und gewesen ist. Diese Meinungsunterschiede pflegt die Deutsche Volkspartei — hier im Gegensatz zu den meisten anderen Parteien — nicht auf offenem Markte, sondern in ihrem eigenen Kreise zu erörtern, zu klären und auszugleichen. In ihrer grundsätzlichen Stellungnahme zu den großen Fragen des Reichsschulgesetzes ist sich die Deutsche Volkspartei zum Vorgesetzten und Leidenden ihrer zahlreichen Gegner durchaus einig. Wenn sie in Einzelfragen die diesen Hauptproblemen gegenüber mindere Bedeutung haben, in ihrer Auffassung heute noch nicht vollkommen einheitlich ist, so liegt das so gut wie allein an einer verchiedenartigen Beurteilung der praktischen Auswirkungen bzw. Wirkungsmöglichkeiten derartiger neuerer Einzelvorschlüsse der Mehrheit des Bildungsausschusses. Auch hierüber wird innerhalb der Deutschen Volkspartei aller Voransicht nach ein Einvernehmen sehr viel schneller erzielt werden, als dies den Gegnern der Partei und ihren Spekulationen lieb ist.

Altsozialisten und Reichsbanner.

Wie bereits kurz gemeldet, hat der Landesvorstand der Altsozialisten zu dem Beschlusse des Bundesvorstandes des Reichsbanners, den Altsozialisten die republikanische Staatsgewinnung abzusprechen, unter Protest Stellung genommen und seine Mitgliedschaft im Reichsbanner aufgekündigt, umgehend aus dem Reichsbanner auszutreten. Ferner hat der Landesvorstand der Altsozialistischen Partei beschlossen, sich bei der kommenden Reichstagswahl auch über die Grenzen Sachsens hinaus zu beteiligen.

Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftspartei in Sachsen und Thüringen.

Die Fraktionen der Reichspartei des deutschen Mittelrandes (Wirtschaftspartei) von Sachsen und Thüringen trafen am Sonntagabend zum wiederholten Male in Leipzig zu gemeinsamer Beratung über die in beiden Ländern schwebenden Fragen zusammen. Diesmal beschäftigten die Beratungen in der Hauptsache die Ergebnisse der Länderkonferenzen und die Notwendigkeit der Verwaltungsreform.

Die beiden Fraktionen beschlossen, für die Zukunft eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden und besonders die Fragen der Bildung von Verwaltungsgemeinschaft zwischen beiden Staaten zu fördern.

Bereinigte vaterländische Verbände Dresdens.

Am 17. Januar fand die Vertreterversammlung der Vereinigten vaterländischen Verbände Dresdens statt. Zum 1. Vorsitzenden wurde Stadtrat Sanitätsrat Dr. Hopf wiedergewählt. Zu seinem Stellvertreter wählte man Korvettenkapitän a. D. v. Abendroth, zum Schriftführer und Schatzmeister Major a. D. Thieria. Dem Schatzmeister wurde am Grund des Berichtes der Kassiererin Entlastung erteilt.

Nach Anhören des Jahresberichtes wurde beschlossen, alljährlich am Lannenbergtag mit einer machtvollen Kundgebung vor die Öffentlichkeit zu treten. Weitere Kundgebungen wurden angesetzt. Ein gemeinsames Vorgehen in folgenden Fragen wurde den angeschlossenen Verbänden und Vereinen empfohlen: Stärkung des wehrhaften Gedankens, Abklärung bei den anderen oder Aufklärung bei uns, Gewinnung der Arbeiterklasse für den nationalen Staat, Unterstützung der Anstaltsbestrebungen, Wiedererlangung der Kolonien, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Für jeden nationalen Deutschen besteht die Wahlpflicht, Wahlenthaltung ist Verrat an der nationalen Sache. Die vorbereitenden Arbeiten für die kommenden Wahlen haben bereits jetzt einzusetzen mit der vorläufigen Parole: Sammlung unter der Fahne Schwarz-Weiß-Rot für vaterländische christliche Ge-

Die Deutsche Indien-Expedition.

Zur Untersuchung der Frage nach der Herkunft der mongolischen Rassenlemente, die kürzlich von der Expedition in Vorderindien festgestellt wurden (Sora), hat die Deutsche Indien-Expedition in Hinterindien, besonders in Oberbirma und den Shan-Staaten, gearbeitet. Schwere Witterungsunbilden gestalteten die tagelangen Ritte über schlammige und heiße Verpfade außerordentlich schwierig. In den hohen Gebirgen des indochinesischen Grenzgebietes wurde das Vergewalt der Palana aufgesucht, in dessen 3000 Meter hoch gelegener Hauptort Namshan der Leiter der Expedition, Dr. Freyherr von Eichstedt, und seine Gattin längere Zeit lebten. Dank der Ausdauer der Forscher und der lebenswichtigen Hilfe des Sambwa, d. h. Landesfürsten, gelang es hier, das nötige Material zu einer umfassenden Untersuchung zusammenzubringen.

Die für das Leipziger Museum für Völkerkunde bestimmte ethnographische Sammlung umfaßt 210 Nummern, worunter sich alles befindet, was für den Stamm kennzeichnend ist — vom einfachen Bambuspflieder, der der jungen Palanafrau als Nabelschürzenweiber für ihren Neugeborenen dient, bis zum goldenen Ehrenschild der Königinwürde des Landesfürsten. 500 ethnographische Photos und 100 Gegenstände aus Birma ergänzen diese Sammlung, außer der noch die Messungen der Kopf- und Körperproportionen von 20 Männern und Frauen sowie 40 anthropologische Tapanenaufnahmen gewonnen wurden. Zu Vergleichszwecken stellten die Forscher später Studien unter den Nachbarvölkern der Palana an, besonders unter den Shan und Birmanen, den wilden Bergvölkern der Kachin und Kham, sowie unter Ghilchak, von denen insgesamt weitere 400 Personen beider Geschlechter gemessen und über 500 Photographien gewonnen wurden.

Das kleine Fürstentum der Palana liegt vom Tebban, der dort in primitivster Weise betrieben wird. Struppig wuchernde Tebbane wechseln mit prächtigen dichten Dickungen im Landschaftsbild ab. Chinesische Maultierkarawanen bringen die Ernte hinunter nach Birma, wo eingeschleppter Palanaernte mit Vorliebe gegessen wird. Für Europäer ein ungenießbares Gericht! Neugierig sind die Palana-Publikisten, von allen Berggipfeln planen die weißen und goldenen Paanden, aber der mystische Postpalanae ist noch heute die alte Weidewirtschaft. Das älteste Mitglied der Fürstlichen Familie ist bereits oberster Weidewirtschaftler. Die Reste bester Bäcker werden mit Gabeln geerntet, damit auch der Baumgelf

innung und Wehrhaftigkeit gegen Marxismus, Sozialismus und Internationalismus.

Fünfzig Jahre Frauenkirchgemeinde.

Die Jahreshauptversammlung des Gemeindevorstandes wurde sich zu einer Jubiläumssammlung für die ganze Kirchgemeinde aus, die Landesbischof D. Ihmels mit der Festgabe eines tiefgründigen biblischen Vortrages über Hebr. 12,8 auszeichnete. Wie der Vorsitzende in seiner Begrüßungsansprache betonte, waren es am 1. Januar d. J. 50 Jahre, daß die Kirchengemeinde von der damals über 100 000 Menschen umfassenden Kreuzgemeinde als eine der ersten unter dem damaligen Stadtpfarrer D. Franz, abgeweiht wurde. Fast 150 Jahre hindurch war die große Frauenkirche nur Tauf-, Trau- und Begräbniskirche gewesen. Im Jahre 1878 erhielt sie ihre eigene Gemeinde wieder. Dankbar wurde der Pfarrer und Superintendenten gedacht, die in der Zeitperiode in Treue das Erbe der Reformation verwaltet und vermehrt haben.

Landesbischof D. Ihmels verglich die Zeit, wo der Hebräerbrief entstand, mit der Gegenwart. Auch dort war die erste Generation der Christen dahingegangen und Paulus mahnte die junge Gemeinde: Gedenket an eure Väter! Menschen kommen und gehen, Jesus bleibt. Ist's nicht leicht auch noch so? Gedenket an eure Väter! Wie D. Meier und D. Venz, die der Gemeinde Gottes Wort verkündigt haben, sind geblieben, aber Jesus und sein Evangelium bleibt in Ewigkeit.

Oberkirchenrat Sup. Reimer betonte in seinem Dankeswort, daß er der großen Ehre sei, einmal die Frage vorlegen zu dürfen: Was ist uns modernen Menschen des 20. Jahrhunderts die Person Jesu? Für viele Menschen ist Christus nicht mehr das ihr Leben bestimmende heilige Feuer, sondern nur noch eine Erinnerung von gestern. Das komme daher, daß viele sich nicht mehr unter seinen Einfluß stellen, weil sie seine Bibellektüre treiben; nur auf diesem Wege komme man zu dem Verstandnis: „Mein Herr und mein Gott.“ Diese Mahnung solle aber nicht nur für die Erwachsenen gelten, sondern jeder Erziehungsberechtigte habe die Verpflichtung, auch der Jugend auf diesem Wege die Gestalt des Geliebten groß und lieb zu machen.

Ärztin Charlotte Börner und Georg Herold, begleitet von Organist Alfred Gottlinger, umrahmten die Ansprachen mit passenden Solo- und Duettgesängen von Mozart, Gurland und Gounod, und erteten für ihre prächtigen Gaben reichen Beifall. Die Gesänge wurden vom Vokalchor des Jungmännervereins begleitet.

In der zweiten Hälfte des Abends trug Inspektor Weinert den Jahresbericht in gereimter Form und Kassierer Gustav Kiegenbald den Kassenbericht vor, der gelobte Verhältnisse aufwies. Der bisherige Vorstand wurde durch Zurut einstimmig wiedergewählt, an Stelle einiger heimgegangener Mitglieder traten durch Zuwahl neu ein: Kaufmann Goethe, Buchdruckermeister Neumann und Uhrmachermeister Zimmermann.

Reklamefachausstellung in der Ala. Die monatliche Ausstellung der Reklamefachleute und Gebrauchsgüter in der Ala Saasenstein & Vogler, Wildstrüßer Straße 1, hat auch diesmal eine bemerkenswerte eigene Note aufzuweisen in den Arbeiten von Paul Däberer. Er bedient sich in erster Linie solcher Formen, die durch den Hausstil eben erst in das Reklamefachgebiet eindringen, und weiß diese selbstständig verwendeten Formen durch allerlei möglich farbige Phantasien zu bereichern und damit selbständige neue Wirkungen hervorzubringen. Man könnte sie Tonkonstruktionen nennen. Auch in der Schriftführung hat er Eigenes zu bieten und verkehrt. Sie sowohl in Schwarz-Weiß als in Verbindung mit allerlei Tonwerten zu beleben. — Arno Fähne von der AR-Reklame zeigt kleinere Affischen von kräftiger Wirkung, originelle Reklamemittel und eine sehr große Auswahl von selbständig erfundenen und doch diskreten Briefköpfen. allerlei Anknüpfendes bietet er auch in Festkarten und lebendigen, kräftigen Industriezeichnungen. — Eine sehr starke persönliche Note bringt auch D. Wolge mit, dessen kräftige Plakate sich durch ihre bescheidenen Formate und doch zugleich durch ihre farbige Wirkung auszeichnen. Neben lustigen Werbellustifikationen sieht man ebenso veranlagte Bilderbogen und besonders Kinderbilder, die ja in der Reklame immer wirkungsvoll sind. Bemerkenswerte Schriften hat er in Diplomen und Ehrenurkunden vorgeführt und bewies, daß auch in größeren Blechpackungen der moderne Reklamefachmann Eleganz und Ansehen zu schaffen weiß. — Auf den Mittelreihen der Affischen aufgestellte Original-Schüge-Keramit bildet die Ausstellung recht glücklich.

Reinfall. In die Reihe der längst eingeführten Dresdner Winterveranstaltungen und Wälle tritt in diesem Jahre zum ersten Male der Fußball ein, der von dem Fußballverein Dresden, dem Reichsverband Deutscher Fußballer, dem Fußballklub für Christliche Kriegsdienstliche und mit Unterstützung der Mitteldeutschen Rundfunk-V. G. und des Norddeutschen Lloyd am 28. Januar veranstaltet wird und in sämtlichen Räumen des Ausstellungspalastes stattfindet. Dieses Fest unter dem Reichen „Fußball an Bord des Columbus“ ist zwar nicht ein Kostümfest, wohl aber mit der Ungezogenheit, auch

in Bezug auf Kleidung, die an Bord eines großen Passagierdampfers herrscht. Der Hauptsaal des Ausstellungspalastes wird in diesem besonderen Sinne eine Lebenswirklichkeit darstellen. So vollständig wie der Grundgedanke „An Bord des Columbus“, so vollständig sind auch die Eintrittspreise. Zum Punkte, der um 5 Uhr beginnt, wie auch zum Fußball haben eine Reihe bekannter Künstler ihre Mitwirkung zugesagt. Trude Wessels, Wanda Schilling, Eber Jolles, Ilse Domilius, die Herren des Dresdner Streichquartetts, Hans Lehmer, Wilhelm Maiten, Rolf Schroeder, Hugo Böhm, Georg Boerige. Als Hauptgewinn der reich besetzten Tombola listete der Norddeutsche Lloyd eine Englandreise erster Klasse mit dem „Columbus“.

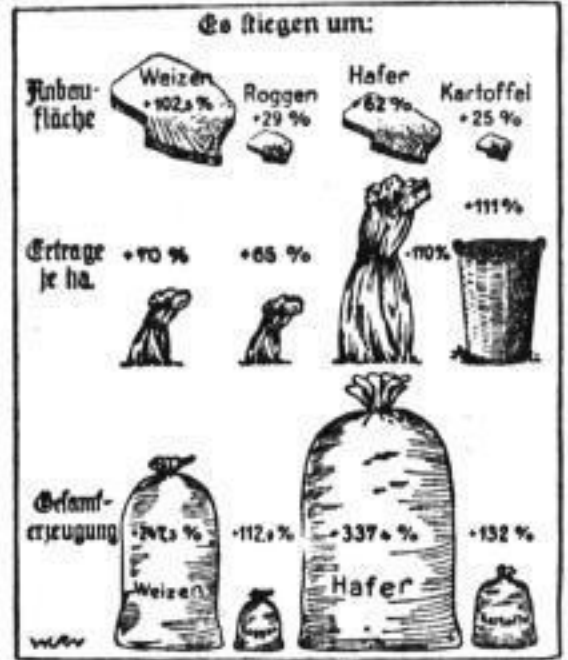
In der Ausstellung „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung“ im Kunstaussstellungsgelände, Pennekstraße, fällt heute Dienstag der Vortrag von Dr. Krüpe aus, dafür hält zur gleichen Stunde Dr. med. Gebhard einen Vortrag mit Lichtbildern über das Thema: „Die soziale Bedeutung der Geschlechtskrankheiten.“

Frühjahrsprüfung von Landwirtschaftslehrlingen. Im März d. J. werden wiederum Prüfungen von Landwirtschaftslehrlingen zur Erlangung eines Befähigungsnachweises abgehalten. Die Meldungen der Prüflinge haben bis zum 18. Februar an die Landwirtschaftskammer in Dresden, Sidonienstraße 14, zu erfolgen. Dortselbst werden Prüfungsordnung und Fragebogen abgegeben.

Deutscher Operantoband, e. V., Zweigverein Dresden. In der letzten Monatsversammlung am 20. Januar sprach Präsidentin Käthe Schindler in anschaulicher Weise und in liebendem Übermut über eine Nordlandfahrt und die dabei gewonnenen Eindrücke von Land und Leuten Norwegens. Im geschäftlichen Teil berichtete der Vorsitzende der Operantoband, Herr Hans 11, über die erfolgreiche Tätigkeit dieser aus einer Gruppe des Operantoband Dresden hervorgegangenen Vereinigung. Die es sich um viel neues hat, mittels Operantoband den Warenverkehr mit dem fernem Ausland zu fördern, und dank deren Vermittlung bereits eine große Anzahl bedeutender deutscher Firmen ausländische Aufträge erhalten konnten. Den Zwecken der genannten Vereinigung dienen Zweigvereine, deren wichtigste ihren Sitz in Berlin, Japan, auf Java u. a. m. haben.

Für die Dresdner Volksschule und den Algen. Deutschen Gewerkschaftsbund gelangt in der Romodie die Komödie „Dinkemann“ von Ernst Looser am 12., 17., 18. und 24. Februar in geschlossenen Vorstellungen zur Aufführung. Anzumerken ist, daß die Dresdner Volksschule in diesem Jahre noch keine Anrechtssorten an allen Vorstellungen zum Preise von 1,50 Mk. einstellt. Garderobe und Theaterzettel gegen Vorzahlung der Mitgliedschaft in der Geschäftsstelle, Schloßstr. 34, 2., und an den Kartenverteilungsstellen des Vereins in den Theatern erwerben.

Die landwirtschaftliche Produktionssteigerung in Deutschland im Laufe des 19. Jahrhunderts.



Die deutsche Landwirtschaft hat infolge ihrer vorbildlichen Bodenerwirtschaftlich im 19. Jahrhundert die größte Ertragssteigerung der Erde erreicht. Für Deutschland ist die intensive Wirtschaftsweise zur Sicherung der Volksernährung ein Gebot der Selbsthaltung. Diese intensive Wirtschaftsweise läßt sich aber nur bei verhältnismäßig sehr hohen Aufwendungen aufrechterhalten. 41 Prozent der Herstellungskosten entfallen a. B. beim deutschen Getreidebau allein auf die Kosten der Düngung. Daher sind auch die Erzeugerpreise je Zentner beim deutschen Landwirt höher als beim russischen oder amerikanischen, die infolge der großen Flächen ihres Landes ertensiv wirtschaften können. Deswegen ist es Pflicht der deutschen Regierung, für Rentabilität der Landwirtschaft durch Schutz der nationalen Produktion zu sorgen.

Berufsschulpflicht. Knaben und Mädchen werden für Eltern aufgenommen. Prop. F. Radomski, Sandelschule, Altmarch 15, Sand. Dir. Rich. Radomski u. Dipl.-Handelsl. Dr. phil. Frh. Radomski.

Derren Kainer, Joh. Reig, Gathe, Wisi, Jähnic, Spielleitung: Reig; Bühnenbilder: Effebard Wenzel. — Das Weihnachtsmärchen „Der Stern von Bethlehem“ wird nur noch Mittwoch, den 25., und Sonnabend, den 28. Januar, als Wochenendaufführung gegeben.

Die Komödie. Infolge des allseitigen Interesses, das die Einführung der Nachvorstellungen gefunden hat, wird noch eine Aufführung von „Der Weibezug“ am Sonnabend, den 28. Januar, 11 Uhr nachts, stattfinden. Die ganze Woche bleibt allabendlich „Der Weibezug“ auf dem Spielplan.

Opernball. Am heutigen Dienstag werden die Einzelveranstaltungen für den Besuch des am 4. Februar stattfindenden Volles am Eintrittspreise von 30 Mk. stattfinden. Von morgen, Mittwoch, an erhöht sich der Kassierpreis für das Mittelt auf 25 Mk. Inzwischen wurden die Kuffordnungen, die vorbestellten Karten abgehoben, durch die Post geschickt. Ausgaben derselben täglich von 10 bis 2 Uhr an der Opernkassette. Da es sich im Vorjahre zeigte, daß Anzahl und Größe der Tanzpaare knapp waren, wird eine neue Anzahl in den „Rebenten Himmel“ (Fahrtstuhl) verlegt. Der Club zum vierten Opernball ist wie in den Vorjahren wieder auf 7 Uhr, der Beginn des Volles, der mit einem feierlichen Musik einsetzt werden wird, auf 8 Uhr festgelegt. Für Opern besuch Radomski, für Damen Kostümpfleger, Tisch werden mit Ausnahme der Vorzimmer-Reservanten, Fernsprecher 20488 nicht telefoniert, doch ist für genügende Einzelgespräche Sorge zu treffen. Einmal weitere Aufführung täglich zwischen 5 bis 6 Uhr durch die Geschäftsstelle, Opernball 20447.

Dresdner Künstler auswärts. Die Gartenarchitekten Koff & Kollert haben von der Stadt Trautau in Böhmen den Auftrag für Entwurf des neuen bürgerlichen Friedhofes einschließlich Urnenbahn und zur Erneuerung des alten bürgerlichen Kirchhofes bekommen, ein Auftrag, an dem bemerkenswert ist, daß eine städtische Kommissions, wenn auch deutschsprechende Stadt deutsche Gartenarchitekten bezieht.

Sokrates auf der Bühne. Aus Leipzig wird und geschrieben: Am Leipziger Schauspielhaus wurde die dreifaktige Komödie von Robert Walter, „Die große Hebammenkunst“, zum ersten Male aufgeführt. Es mag an diesem Abend manche Theaterbesucher gegeben haben, die nach dem Titel etwas Wissenschaftliches erwarteten. Sie waren gewiß schwer enttäuscht, denn es wurde ihnen historisch-philosophisches geboten, bei dem Erosfisch nur bescheiden mitwirkte. Es handelt sich um die Geschichte des Sokrates und seine geistige Hebammenkunst, nämlich die Geburt des Menschen aus der Arbeit in die Weisheit zu fördern. Robert Walter hat nicht erst, wo das Leben des geschaulich wandelnden und fragen-lesbrenden Sokrates anfangt dramatisch zu werden. Diese Momente hat er festgehalten, weiter entwickelt und geklärt bis zum „bitteren“ Ende, bis zum Tode des Sokrates, mit dem dieser ungleich Eros und Unersbüßlichkeit erringt. Dieses Stück ist ein Werk der Bildung, des Humanismus, es schürft nach den Lucern

die Wünsche seiner Verehrer unterstützt. Zur Abwehr böser Geister tragen die jungen Mädchen spitze Nadeln in ihren Haaren, und über den Hüftentüren werden Kaffee und Bogen aufgehängt.

Großer Wert wird auf eine gute Erziehung gelegt, die außer von einheimischen buddhistischen Mönchen und Nonnen vom Tanzlehrer und vom Weissen Mann des Dorfes geleitet wird. Die jungen Burischen und Mädchen, die weitgehende Freiheiten genießen, haben unter sich eine eigene symbolische Mundsprache. Die Palana gehören zu den liebendwürdigsten und besterleuten Völkern der Erde. Ihr Schwertstanz steht an Anmut unübertroffen da. Die Männer kleiden sich wie die Shan in weite Hosen und Turban. Die Frauen sind in rote und gelbe, mit Silberarbeiten überzogene Gewänder und Kapuzen eingepackt. Fast alles Inventar ist aus Bambus gefertigt: Matten, Rege und Bögen, Trommeln und Gitarren, die Soldatpfeife und Wassergefäße, ja sogar die Leuchtpfeife und Kochtöpfe und schließlich auch das ganze auf Wägen errichtete Rad. Ein eigenartiges Gerät ist eine große Art mit mächtigem hölzernen Schwungrad. Leider kennt auch in diesem weitestgelegenen Ländern schon die europäische Weltkultur ihren Einzug zu halten, und die alten Trachten und Sitten sterben aus.

Dem Topus nach gehören die Palana, die eine allerlänglichste Sprache sprechen, im wesentlichen zu einem der alten primitiven Rassenlemente Südasiens, das bisher nur wenig bekannt war. Mit der Deutschen Indien-Expedition gelangt auch zum erstenmal ausreichendes Material zum Studium der Rassenhirns nach Europa.

Nach den letzten Nachrichten ist die Expedition inzwischen in Port Blair auf den Andamanen, ihrem vierten Arbeitsgebiet, eingetroffen, wo eine Untersuchung des fremdenindischen schwarzen Zwergvolkes der Negrito beabsichtigt ist.

Kunst und Wissenschaft.

Dresdner Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: „Andine“ (7). Schauspielhaus: „Der Mann“ (148). Albert-Theater: „Der Herr“ (148). Residenz-Theater: „Die goldne Meisterin“ (148). Die Komödie: „Der Weibezug“ (148). Central-Theater: „Eine Frau von Format“ (8).

Albert-Theater. Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 1/2 Uhr, zum ersten Male „Der Stern von Bethlehem“, Volkshaus in vier Akten von Robert Wenzel. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen: Kriem, Binger, Meina, Bieleck, Wiese, sowie die

Sachsens Grüne Woche.

Der Stand der Zucht des Schwarzweihen Tiefsanddrindes.

Am Montagvormittag trat im Vereinshaus der Landesverband Sächsischer Herdbuchgesellschaften zusammen. Der stellvertretende Vorsitzende v. Arnim-Archieff erinnerte in seinen Eingangsworten an den Aufschwung der Herdbuchgesellschaften, der Zucht in dem letzten Jahrzehnt. Er betonte zugleich aber auch die schlimme Lage der gesamten Landwirtschaft, die durch die Nachmaßnahmen der Regierungen, durch die Zinsrückzahlung hervorgerufen sei. Mit einem Mahnruf an die Bauernschaft schloß der Sprecher.

Im Anschluß hieran gab Oberlandwirtschaftsrat Buchholz bekannt, daß die verteilte Kalkulation nur Durchschnittspreise und -erträge enthalte. Eine einheitliche Aufstellung wirtschaftlicher Ergebnisse der Milchzucht um sei unmöglich. Erst dann, wenn von allen Seiten Unterlagen gesammelt würden, könne man an sichere Formulierung der Berechnungen der Statistik denken.

Das Hauptreferat hielt Landwirtschaftsrat Uhlmann über:

Der Stand der Zucht des Schwarzweihen Tiefsanddrindes im Landesverband sächsischer Herdbuchgesellschaften.

Er führte etwa aus: Auf Grund freiwilliger Organisationen seien in Deutschland gewaltige Erfolge in der Rinderzucht zu verzeichnen. Die Züchtungen, planmäßig zu züchten, seien auch in Sachsen nicht mehr ganz jung. Seit 1900 habe man, zuerst in Leipzig, später in Dresden, der Lausitz, Ehemnitz und dem Vogtland, Herdbücher angelegt und sich schließlich im Landesverband zusammengeschlossen. Da eine Vervielfachung in der Zucht der Rinder eingetreten war, habe man sich gegenseitig geteilt, eine Zentralorganisation zu schaffen. Heute, nach achtjähriger planmäßiger Arbeit, könne man endlich sagen, wie weit die Förderung der Zucht vorangeschritten sei. Die Maßnahmen zur Erreichung des Zuchtzieles würden nunmehr einheitlich geregelt. Sie alle müßten aber wohlüberdacht und den Zuchtgebietsangehörigen angepaßt sein. Als erstes galt es, das Milchkontrollverwesen zuweisen zusammenzufassen und Leistungsprüfungen einzuführen. Hieran schloß sich naturgemäß die Verkopplung dieser Vereine mit den Züchterorganisationen. An Hand statistischer Materialien wurden die Ergebnisse der Kontrolle erläutert. Danach konnte eine Steigerung von 2180 Kilo auf 3041 Kilo innerhalb von acht Jahren erzielt werden, d. h. pro Kuh um etwa 1000 Kilo. Die Arbeit auf diesem Gebiete könnte sich jedoch noch segensreicher auswirken, wenn es gelänge, die Summe von einer halben Milliarde für Milchprodukte in der Einfuhrbilanz des Reiches zum Verschwinden zu bringen.

Im Anschluß hieran mußte besonderes Augenmerk gerichtet werden auf die Gesundheit der Herden. Deshalb müsse ein Weibegang des aufwachsenden Kalbes bis zur Entwöhnung von der Mutter erforderlich werden. Die häßliche Verbindung mit der Veterinärabteilung der Landwirtschaftskammer habe die Aufsichtsaufgaben auf ein Minimum beschränkt. Die dauernde Einfuhr ausländischen Viehes berge jedoch immer noch Infektionsgefahr. Anempfohlen werde aus dem gleichen Grunde das Tuberkulosefällungsverfahren. In den Anfängen der Herdbuchbewegung habe die Jugenderziehung sehr im Argen gelegen. Dies sei besser geworden. Es bleibe aber bei der Forderung: Immer heraus mit den Tieren auf die Weide, selbst im Winter.

Das Zuchtziel sei hohe Milchleistung und hoher Fleischgehalt. Dies kombinierte Ziel sei schwer zu erreichen, sei jedoch infolge des gesteigerten Bedarfs an Milchprodukten unerlässlich. Und es könne geschafft werden, wie Österreich bezeuge. Bei der Veränderlichkeit dieses Tieres auf untrübe Weiden dürfe man die Punktiersysteme anderer Welt nicht anwenden. Bei uns müsse man neben der Gesundheit Wert legen auf Festigkeit des Rückens in Schulter und Nierengegend, auf ein einwandfreies, aufstehendes Futter. Die Forderungen seien durchzuführen von Kommissionen, die einheitlich zusammenzufassen seien. Mit der Qualität der Bullen könne man in Sachsen nicht allgemein zufrieden sein. Man solle vom Ausland nur gute Tiere kaufen.

Aus kleinen Anfängen heraus habe der Landesverband der Herdbuchgesellschaften angefangen zu arbeiten. Es sei doch schon eine beträchtliche Anzahl Tiere auf den Tierhöfen umgelegt worden, man könne von etwa 1200 im Jahre sprechen. Mit einer großen Reihe Lichtbilder ergäbe der Vortragende seine Ausführungen, die Kenntnis obliegen sollten von dem augenblicklichen Stande der sächsischen Zucht des Schwarzweihen Tiefsanddrindes.

In Anschluß an die Verammlung des Landesverbandes der Herdbuchgesellschaften fand die Tagung der Weidewirtschaftlichen Kreisvereine statt. Freigutbesitzer Bebel, Birkenhain, berichtete über

die Erfahrungen auf der Genossenschaftsweide Birkenhain.

Eine gute, ausreichende Weide sei die beste Kinderstube unfressen Jungviehs. Will man sie ergiebig gestalten, muß man in erster Linie für gute, kräftige Düngung des Bodens Sorge tragen. Die Notwendigkeit der Zuführung von Düngemitteln ergäben die vorzunehmenden Bodenuntersuchungen. Der Vortragende gab hierzu Mitteilungen über seine Versuche in dieser Hinsicht. Eine weitere Vorbedingung für größten Nutzen der Weide sei eine volle Besetzung mit Vieh. Am besten sei zweimaliger Auftrieb. An Weiden müssen allerdings die Tiere gewöhnt sein. Niederschläge und Wärme spielten eine große Rolle. Da Pferde die Weide ruinieren, möchte man vor zu starkem Auftrieb der Weiden warnen. Rinder und Pferde könnten ruhig zusammen weiden. Ende Juli, anfangs August würde eine Vorwägung der Tiere unternommen, die alle weniger Leistungsfähigen ausschaltete. Nach dem Einwintern müsse man für die erste Zeit Schrot zufüttern, dann aber fämen die Tiere gut bis zum Frühjahr durch. Das natürliche Rückschlagen fämen, könne nicht ausbleiben. Dies dürfe aber nicht abschrecken; schließlich gleiche die Fleischzunahme der Tiere die vorübergehenden Verluste aus. Kranke Tiere seien selbstverständlich von vornherein auszuschließen.

Statistisches Material unterrichtete am Schluß des Referates über Düngungsversuche, Erträge und Bewirtschaftung der Weide.

Tagung des Sächsischen Fischerei-Vereins.

Am Montagvormittag tagte in den „Drei Raben“ der Sächsische Fischerei-Verein. Der Vorsitzende, Geheimrat Ministerialdirektor Dr. v. Häbel, begrüßte die Erschienenen und ließ besonders die Vertreter der Ministerien, der Landwirtschaftskammer, des Reichswasserwerkes und der Stadt Dresden herzlich willkommen. Er gedachte dann in einem ehrenreichen Nachruf der verstorbenen Mitglieder des Vereins, während sich die Versammlung von den Plänen erhob. Dann wurde der Geschäftsbericht erstattet, aus dem folgendes festgehalten sei:

Die Sportfischerei sei im erfreulichen Steigen. Große Schäden habe die Fischerei durch die Hochwässer der Mügitz und Gotteluba erlitten. Die Beratung der Kleinfischerei durch den Verein sei lebhaft gewesen. Vorteilhaft habe sich das Zusammengehen mit den deutschen Karpsen- und Zeltvereinen erwiesen. Produzenten und Handel seien sich dadurch weiter nahe gekommen.

Die Mitgliederbeiträge für 1928/29 wurden in gleicher Höhe wie für das Vorjahr festgesetzt. Nach Erledigung der tagungsmäßig vorzunehmenden Wahlen und Genehmigung der vom Verwaltungsrat vorgeschlagenen Satzungsänderungen nahm die Versammlung einstimmig die nachfolgende

Entscheidung

an:

Die häßliche Annahme der Verunreinigung von Fischwässern und Teichen durch gewerbliche Abwässer und ihre katastrophale Auswirkung auf die sächsische Fischerei erfüllt die im Sächsischen Fischerei-Verein vereinbarten Forderungen, Berufs- und Sportfischer mit der größten Sorge um den ferneren Bestand der sächsischen Fischerei. Sie erheben einstimmig Protest gegen die unverantwortliche und jeder Kultur widersprechende Verschmutzung und Verunreinigung anderer Gewässer.

Der Regierung liegt nach der letzten Festsetzung die Aufgabe zur Verhütung, diesen Uebelständen zu wehren. Wir erheben daher die Forderung, in schärfster Weise auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen gegen die Verunreinigung unserer Gewässer vorzugehen.

Im Anschluß an die Tagung fanden verschiedene Vorträge statt. Zunächst besprach Oberpostinspektor Berthold

den wirtschaftlichen Nutzen des Angelfischiens.

Die Fischerei ist sicher eine der ältesten Beschäftigungen der Menschheit. Ihr besonderer Reiz namentlich beim Fischfang mit der Angel wurde schon von den Alten erkannt. In England hat sich seit Hunderten von Jahren der Angelfischerei ausgebildet. In Deutschland wurde dieser Sport lange Zeit nicht besonders geschätzt. Heute ist er allgemein anerkannt, und ganze Industrien haben sich in seinem Gefolge ausgebildet. Um die verarmten Fischgewässer wieder zu bevölkern, mußte die Erbrütung des Nachwuchs gefördert werden. Es entstanden große Fischzuchtanstalten. In Sachsen sind die Gewässer vielfach durch die Industrieabwässer verunreinigt. Trotzdem blüht der Angelfischerei. Er ist ein sehr beachtlicher Faktor unseres Wirtschaftslebens geworden. Sind doch im sächsischen Anglerbund allein von den Mitgliedern 82 756 Mark an Fischsummen und 14 981 Mark für Fischverkauf ausgegeben worden. Für Fischkarten wurden ausgegeben 82 988 Mark, für Angelfischer 27 110 Mark. Dazu kommen die Summen für Eisenbahnfahrkarten und verschiedenes anderes. Insgesamt

beträgt die durch den sächsischen Anglerbund der Wirtschaft ausgeführte Summe 242 000 Mark. Damit dürften aber nur zwei Drittel der tatsächlichen Summe erfasst sein. Man kann diese in Wirklichkeit auf 363 000 Mark einschätzen, womit der wirtschaftliche Nutzen des Angelfischiens erwiesen ist.

Weiterhin sprach Landesfischereirat Dr. Wohlgemuth über „Fischereiliche Reiseindrücke in Italien“ und Geschäftsleiter von Davier über „Fischwirtschaft in Ungarn“. Sämtliche Vorträge fanden lebhaften Beifall.

Der Landesverband Sachsen für Obst- und Weinbau

verlammte sich nachmittags 4 Uhr im Künstlerhaus zur Entgegennahme eines Lichtbildervortrags des Hofgarten-Direktors a. D. Berger (Stuttgart) über das Thema:

„Aus meinen Beobachtungen über den nord-amerikanischen Obstbau.“

Dem Vortrage ging eine Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Ministerialrat Baruther-Röhe, voraus, die insbesondere den anwesenden Vertretern der Ministerien, der Landwirtschaftskammer, der Amtshauptmannschaften und anderer Behörden und Körperschaften galt. In der Ansprache wurden auch die Ziele des Landesverbandes betont, die auf eine völlige Umstellung des heimischen Obst- und Weinbaues — von der Pflanzung und Pflege der Obstbäume bis zur Verwertung des Obstes — gerichtet seien. — Hofgarten-Direktor Berger, der von 1928 bis 1929 als wissenschaftlicher Botaniker an der Landwirtschaftlichen Schule und Verleihung des Staatsdiploms (in Genoa) tätig gewesen ist, ging in seinem Vortrage von dem Gedanken aus, daß man auf falschem Wege sein würde, wenn man — dem Junc der Zeit folgend — wahl- und kritiklos das amerikanische Vorbild bei uns nachahmen wollte, zumal auf dem Gebiete des Obst- und Weinbaues, da ja drüben die Verhältnisse in Bezug auf Klima, Bodenbeschaffenheit, Art der anbaufähigen Früchte, Vorbedingungen des Großbetriebes usw. ganz anders liegen als bei uns. Immerhin sei gar mancherlei von den amerikanischen Obstbauern und vor allem von der amerikanischen Organisation einer staatlichen Obstbauförderung zu lernen. Früher, d. h. bis zur Zeit vor dem Kriege, sei der amerikanische Obstbau bei den europäischen Züchtern in die Lehre gegangen. Auch habe man Reben und Obstpflanzlinge vorwiegend aus Europa, und zwar nicht zum wenigsten auch aus Deutschland, bezogen. Allein das gegenwärtige Klima wegen (spätere Sommer, frühe Winter) habe man, zumal in den nordöstlichen Staaten Amerikas, schlechte Erfahrungen mit den nicht genügend winterharten europäischen Pflanzlingen gemacht. Man habe daher lieber aus Rußland und aus Ostasien Obst- und Weinsorten eingeführt; mit noch besserem Erfolge habe man sich aber bemüht, aus heimischen, bodenständigen Wildlingen durch eigene Züchtungen, Kreuzungen und Züchtverbesserungen klimaharte und den örtlichen Verhältnissen völlig angepaßte Obst- und Weinsorten zu schaffen. In diesem Zwecke seien von allen obstbauenden Staaten außer Rußland, das besonders Pfirsiche, Wein, Datteln, Feigen, Orangen und ertliche andere tropische Früchte erzeuge, kämen besonders die nordöstlichen Staaten am Ontario- und Erie-See, also vornehmlich der weit ausgedehnte Staat Newyork in Frage) umfangreiche, mit allen wissenschaftlichen Hilfsmitteln ausgestattete Versuchsanstalten eingerichtet worden, die im Laufe der Jahrzehnte ganz hervorragende Züchtungsergebnisse erzielt hätten. Auch für die rasche Verbesserung der geernteten Früchte auf der Eisenbahn, für besondere Rücksicht auf Obstbauern auf den Stationen und für besondere Eisenbahnwagen mit Kühlvorrichtungen habe man drüben von Staats wegen bestens gelehrt. Dergleichen ließen sich auch die erwähnten Verleihungsinstitutionen der Belehrung der Obstbauern hinsichtlich der Sortenauswahl, der Bodenbearbeitung, der Düngung und Pflege der Bäume, vor allem auch der rationalen Schädlingsbekämpfung dauernd anlegen sein. In dieser Beziehung könne und müsse auch bei uns noch mehr geschehen. An einer Reihe von Lichtbildern

MUNDWASSER KUGELN

Orizon

Bewährtes Mund- u. Zahnpflegemittel

WIRKSAM-ANGENEHM-PRAKTISCH

Original-Fabrik „Soyuz“ N. 125 und 123

her Lebensweisheit und findet sie im Altertum bei Sokrates. Von dessen Leben, Lehren und Schicksal knüpft er Fäden zu unserer Zeit, und es scheint fast, als möchte uns der Verfasser, als ob auch heute ein Sokrates noch das Schicksal des großen Vorgängers erleben könnte. Im ersten Akt wird Sokrates als Staatsfeind und Verführer der Jugend angeklagt, im zweiten vor Gericht gestellt, im dritten trinkt er den Giftbecher. Aber in diesem Umkreis entwickelt Walter die Gestalt des Sokrates in seiner hohen Weisheit und sittlichen Größe, in seiner alles verachtenden und verzehrenden Fröhlichkeit und seiner Selbstbeherrschung. Er zeigt ihn im Verkehr mit Antippe, der real und bürgerlich Gesinnten, die ihm auf seinen geistigen Wegen nicht zu folgen vermag, mit den verehrungswürdigen Schülern, mit den Gegnern, Verfolgern, Feinden und Mördern. Der Dialog steht auf geistiger Höhe und strahlt Weisheit aus — wobei und nicht zu klammern braucht, daß alle Bücher und Berichte hier zu flüßendem Leben erweckt werden. In der langen Gerichtsverhandlung gerät die Handlung etwas ins Stocken, und auch der dritte Akt erscheint zu sehr beschwert mit Einzelheiten. Direktor Viehweg hatte das Stück mit großer Lebendigkeit wirksam in Szene gesetzt. Den Sokrates gab Otto Stoedel mit großer Intelligenz und Wärme, und als Antippe war Annemarie de Bruun sehr eindrucksvoll. Der anwesende Dichter konnte oft vor dem Vorhang erscheinen.

† **Uraufführung in Weimar.** Ein neues Werk von Heinrich Pfitzenstein, „Theater“, kam im Deutschen Nationaltheater in Weimar zur Uraufführung. Dieses „Stück“, wie es Pfitzenstein ohne Umschweife nennt, hält sich abseits von der lauten, bunten, aufgeregten Dramatik unserer Tage. Es ist ein Seelendrama, das dem Dichter aus jahrelangem Ringen um die Bühne erwachsen ist: Im Mittelpunkt steht eine Schauspielerin von großem Können, die aber schmerzhaft fühlt, daß ihr das Höchste ihrer Kunst noch verschlossen ist. Ein Theateragent entführt ihr mit rücksichtsloser Offenheit in Brutalität den Grund: sie hat noch nichts erlebt, ihr Weltum ist noch nicht erwacht. Tiefstes Erleben soll ihr aber bald beschieden werden in der Liebe zu einem jungen Freund, den sie heiratet. Sie zieht sich von der Bühne zurück und lebt ganz ihrer Liebe. Dabei entfaltet sich ihr Wesen zur Blüte; Lebenskräfte und Leidenschaften werden wach. Aber nun fehlt sie sich auch zurück zum Theater, sie will wieder schaffen, Menschen gestalten. Sie ist eben ganz Künstlerin; das zurückgezogene Leben der Liebenden kann ihr auf die Dauer nicht genügen, während ihr Mann sie ganz für sich haben und mit dem Theater nicht teilen will. So streben beide aneinander. Sie kehrt zur Bühne zurück, und als ihr ein großer Erfolg beschieden ist, da weilt sie, daß das Theater ihr

unentrinnbares Schicksal ist. Sie zahlt diese Erkenntnis mit dem Verlust ihres Mannes, der sie verläßt. Dafür wird sie — wenn auch hoffnungslos — weitergeliebt von dem Theaterdirektor und dem Dichter; aber sie reißt ihren Arm dem Theateragenten, als dessen gelehrtige Schülerin sie sich bekennt. Diese Handlung entwickelt sich geradlinig, in einseitigem logischen Aufbau. Die Menschen sind klar gezeichnet, wenn auch in den Nebenfiguren nur leicht skizziert. Es ist ein abseitiges Stück, das mit jarten und subtilen Mitteln arbeitet, und das feingefühlig ist wie die Atmosphäre Weimars, in der es entstanden ist. In der Hauptrolle der Schauspielerin Irene de Jonsenierung hatte sich Generalintendant Dr. Ulrich lebhaft eingesetzt. Der Erfolg war sehr stark, Pfitzenstein wurde oft gerufen.

† **Ein neues Stordans Bruns Drama.** Das Düsseldorf Schauspielhaus hat das erste Dramenwerk von E. G. Kolbe Meyer, dem Dichter der Paracelsus-Romantrilogie, „Der weiße Leidenschaft“, die Tragödie des Stordans Bruns, zur Aufführung angenommen.

† **Kleine Theaternachrichten.** Intendant Curt Strickstedt, zuletzt Leiter des Stadttheaters zu Plauen, übernimmt während des Sommers nachweislich das Kurtheater in Bad Oeynhausen (Westfalen). — Am Stadttheater Ost (Direktor J. W. Schreiber) gelang am 18. Januar das Schauspiel „Der rote Procop“ von E. G. Kolbe zur Uraufführung.

† **40 000 Schilling Subvention für die Wiener Schubertfeier.** Die Wiener Gemeindeverwaltung hat der Fremdenverkehrscommission zum Zwecke der Durchführung der Vorbereitungen für die im heurigen Jahre stattfindende große Schubert-Feiern eine Subvention im Betrage von 40 000 Schilling bewilligt.

† **Reichsverband bildender Künstler Deutschlands.** Der bisher „Reichsverband bildender Künstler Deutschlands e. V.“ angenommene. Die Satzung ist dahin geändert: „Der Verein bewirkt die einheitliche Vertretung der bildenden Künstler Deutschlands in ihren ständesmäßigen und beruflichen Interessen.“ Die neue Bezeichnung und veränderte Satzung sollen der irtigen Auffassung entgegen, als ob es allgemeine Ständes- und Berufsfragen gäbe, für die der Verband nicht zuständig ist, sondern die bildenden Künstler Deutschlands in ihren ständesmäßigen und beruflichen Interessen.“ Die neue Bezeichnung und veränderte Satzung sollen der irtigen Auffassung entgegen, als ob es allgemeine Ständes- und Berufsfragen gäbe, für die der Verband nicht zuständig ist, sondern die bildenden Künstler Deutschlands in ihren ständesmäßigen und beruflichen Interessen.“ Die neue Bezeichnung und veränderte Satzung sollen der irtigen Auffassung entgegen, als ob es allgemeine Ständes- und Berufsfragen gäbe, für die der Verband nicht zuständig ist, sondern die bildenden Künstler Deutschlands in ihren ständesmäßigen und beruflichen Interessen.“

culturellen Angelegenheiten ist in der Kunst aber nicht anhängig. Deshalb muß in allen Fragen, in denen ein einheitlicher Wille der Künstlerchaft überhaupt gebildet werden kann, ein großer Verband die Vertretung ausüben. Der jetzige Reichsverband hat sich als Organisation bewährt, in seinen 17 Gauverbänden zählt er 8700 Künstler als Mitglieder. Die ersten Namen der deutschen Künstlerchaft haben ihn als bewährte Berufsvertretung anerkannt.

† **Ein spanisch-amerikanischer Kongress.** Im September dieses Jahres soll in Sevilla ein Kongress stattfinden, dessen Hauptziel die Schaffung einer internationalen Vereinigung der neuspanischen Völker unter dem Vorhild Spaniens ist. Nach den Beschlüssen des vorbereitenden Ausschusses sollen für die Arbeiten des Kongresses vier Zentren geschaffen werden, und zwar eines in Madrid für die politischen, rechtlichen und literarischen Beziehungen zwischen den Völkern spanischer Zunge, eines in Sevilla für Untersuchungen zur amerikanischen Geschichte, eines in Barcelona für die spanisch-amerikanischen Handelsbeziehungen und eines für Verbreitung der geographischen Kenntnis Spaniens in Amerika und der Geographie der neuspanischen Völker auf der Vorendenshalbinsel.

† **Slawisches und orientalisches Institut in Prag.** In Prag ist ein slawisches und ein orientalisches Institut errichtet worden, deren Gründungsaktion demnächst stattfinden. Beide Institute gliedern sich in zwei Sektionen, eine wissenschaftliche und eine wirtschaftliche. Von den deutschen Gelehrten Prag gehören dem Orientalischen Institut die Orientalisten Prof. Grünert und Prof. Grohmann an; durch Kooperation soll der Indologe Prof. Winteritz hinzutreten.

† **Ein Verjüngungs Serum.** In der Pariser medizinischen Gesellschaft wurde über Versuche berichtet, die mit einem nach den Angaben von Busquet von jungen Tieren gewonnenen Serum an Greisen vorgenommen worden sind. Erfolge der Behandlung gelaten sich besonders in Erhöhung der Fähigkeit zu körperlicher und geistiger Arbeitsleistung und in einer besseren Gesamtstimmung.

† **Eine Stiftung Branguns für Holland.** Wie aus Amsterdam berichtet wird, hat der englische Maler und Radierer Frank Brangoun eine Sammlung von über 200 Radierungen und Lithographien, die fast kein ganzes graphisches Werk darstellen, der holländischen Nation zum Geschenk gemacht. Er bezeichnet seine Stiftung als „einen bescheidenen Tribut der Liebe und Bewunderung für das Land, das den größten aller Radierer hervorgebracht hat“. Die holländische Regierung hat die Stiftung mit Dank angenommen.

wurde die Ausbreitung des amerikanischen Obst- und Weinbaues, die Schädlingsbekämpfung, das Verfahren der Gewinnung immer besserer Obstsorten durch künstliche Zucht und Kreuzungen, sowie das Resultat solcher Bemühungen in Gestalt von gesünderen Obstbäumen und erzielten Früchten (u. a. auch herrliche Weckenbäume) aufgezeigt. Der lehrreiche Vortrag fand dankbaren Beifall.

Forstwirtschaftliche Fragen.

Vor einer Versammlung der Reichskammer für Forstwirtschaft sprach am Montagmorgen im Reichstagsgebäude Professor Dr. Haab (Zabandt) über die

Auswirkung des Vertrages von Versailles auf die deutsche Forstwirtschaft.

Der Redner führte u. a. folgendes aus: Der komplizierte und vielgliedrige Aufbau des Versailleser Vertrags sei nur aus seiner Entstehungsgeschichte verständlich. Er erklärte es, daß seine das deutsche Forstwesen betreffenden Bestimmungen sich außer Zusammenhang an den vertriebenen Stellen befänden. Durch die Gebietsabtretungen seien dem Deutschen Reich etwa 1 1/2 Millionen Hektar Wald entzogen, wovon allein zwei Drittel zu Preußen gehörten. Den Rest erbrachte Elsaß-Lothringen. Durch den günstigen Ausfall der Abstimmungen in den freizugehenden Grenzgebieten seien Deutschland 700 000 Hektar Wald zugefallen. Hinzu treten die Waldungen des Saargebietes, dessen Rückkehr zum Reich noch nicht verorengelungen werden darf. Noch härter als der Fortfall von den Gebietsabtretungen die Landwirtschaft, am härtesten der Weinbau (mit 2 Prozent) beteiligt.

Unter Kennung einer überreichen Fülle konkreter Zahlen und Daten gina der Redner dann auf die Vorkeschichte des französischen Weinbaues ein. Als das Reich im Jahre 1921 anablich schuldhaft eine relativ bedeutungslose Menge von Holz zu Wiederaufbauzwecken nicht sofort habe liefern können, habe Frankreich unter willkürlicher Durchbrechung des Vondouer Abkommens das Ruhrgebiet besetzt, wo zwar kein Holz, aber die noch willkommenerer Nohle zu haben war. Genauere Unterlagen gab der Redner ferner über die bedrohliche, viel zu wenig beachtete Wundhabuna des sogenannten Bohlstaubs in dex, mit dessen Hilfe — wenigstens theoretisch — ein Schuldbetrag erprobt werden könne, der die bisher in London anabliche Gesamtschuld des Reiches von 132 Milliarden Mark noch weit übersteige. Anschließend warnte der Redner vor der Auslassung, die Steuerlast des einzelnen werde bei etwaigem Wundfall der Reparationen ohne weiteres sich um den entsprechenden Betrag vermindern. Die hierbei unvermeidlichen innerwirtschaftlichen Umwälzungen würden dies verhindern. Ein Beispiel an dem Gütertarif der Reichsbahn — etwa für Kohlenabfuhr — erläuterte dies treffend. Die ungemein inhaltreichen Ausführungen des Redners fanden reichen Beifall.

Der zweite Redner, Professor Dr. Hill, Eberswalde, gab mit seinem Vortrage über

forstliche Arbeitslehre

eine treffliche Ermahnung des Vorkerachenden. Er umriß die Wadlichkeiten zur inneren Umgestaltung des deutschen Forstwesens, das sich den gesteigerten Anforderungen der Wirtschaft anpassen müsse. Lichtbilder und graphische Darstellungen erleichterten den Hörern das Verständnis der systematischen Heberstet über die forstliche Arbeitslehre und ihre neuesten Ergebnisse. Der Redner erläuterte vor allem, daß Neuzugungen und Verbesserungen nicht auf Kosten des Waldarbeiters anstrebt werden dürfen. Vielmehr sei durch sorgfältige Auswahl der Geräte, Anwendung mannigfacher Hilfsmittel (je nach Sonderfall Boden, Holzart, Wachstum, Beschaffenheit usw.) und arbeitsmäßige Anlernung des Personal eine Leistungserhöhung von zum Teil mehr als 100 Prozent durchführbar. Durch diese Mittel stehe dem deutschen Forstwesen auch heute noch der Weg zu einem gewaltigen Aufschwung offen.

Der Presse-Empfangsabend.

Der erste Tag der Grünen Woche in Dresden schloß mit einem Presse-Empfangsabend im Hotel Bristol, zu dem der Landesauschuh der Sächsischen Landwirtschaftskammer, dem Landbunde und den landwirtschaftlichen Genossenschaften zusammengetreten. Außer der Presse selbst war eine große Zahl von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden, von Handel, Industrie, Gewerbe und Handwerk sowie der politischen Parteien erschienen. Man sah den stellvertretenden Ministerpräsidenten Wirtschaftsminister Dr. Krug u. v. Ribba u. v. Falkenstein, den Finanzminister Weber und den Justizminister Dr. v. Kumeit, den Landeskommandanten General Fischer, den Vorsitzenden der Handelskammer Geheimrat Schleich und viele andere namhafte Persönlichkeiten, die zum Teil schon der Eröffnung der Grünen Woche beigewohnt hatten.

Der Vorliegende des Landbundes, Pagenstecher, wies in seiner Begrüßungsansprache auf den Zweck des Abends hin, die Presse zu bitten, das, was sie heute hören und erleben über die Not der Landwirtschaft, hinauszutragen in die Seele des Volkes. Der Austausch der Meinungen nach den Vorträgen solle dazu dienen, den Eindruck von dem Gehörten zu verstärken und zu vertiefen.

Wenn man der Landwirtschaft helfe, rette man nicht einen Berufsstand, sondern diene dem Wohle der Gesamtheit.

Den einleitenden Vortrag hielt der Verbandsdirektor Hofrat Dr. Schöne über die landwirtschaftliche Genossenschaften

in Sachsen. Einige graphische Darstellungen unterstützten die Ausführungen, aus denen folgendes hervorgehoben sei: Den landwirtschaftlichen Genossenschaften fällt die Aufgabe zu, den Geld- und Warenverkehr der Landwirtschaft zu regeln. In der Vorkriegszeit hatte die Landwirtschaft eine Kreditorganisation aufgebaut, die völlig unabhängig vom allgemeinen Geldmarkt dastand. Der einzelne Landwirt spürte nichts von den Schwankungen des Reichsbankdiskontsatzes. Heute ist die Lage völlig verändert; die Landwirtschaft ist ebenfalls auf den öffentlichen Geldmarkt angewiesen.

Nach Beendigung des Krieges setzte sofort allseits das Bestreben ein, die Betriebe zur alten Leistungsfähigkeit zu bringen und Höchsterträge zu erzielen. Der Verbrauch an Dünge- und Futtermitteln nahm erheblich zu. So besifferte sich der Umsatz der Zentralgenossenschaft im Jahre 1927 auf 31 Millionen Rentner Düngeartikel gegen 14 Millionen Rentner im Jahre 1913. Der Futtermittelabsatz fiel zunächst von 632 000 Rentner 1913 auf 450 000 Rentner 1924. Seitdem hat der Verbrauch eine ständige Zunahme erfahren und besifferte sich 1927 auf 1,1 Million Rentner.

Dieses an sich erfreuliche Bild weist aber auch tiefe Schatten auf, da gleichzeitig

die Schulden der Landwirte erheblich gestiegen

sind, was in den Außenständen der Genossenschaften drastisch zum Ausdruck kommt. So beliefen sich beispielsweise die Außenstände beim Spar-, Kredit- und Bezugsverein E. Ende 1924 auf 12 300 Mark, Ende 1925 auf 218 000 Mark, Ende 1926 auf 422 000 Mark, Ende Oktober 1927 auf 636 000 Mark. Nur die Gewährung dieser Kredite fanden den Genossenschaften zur Verfügung einmal eigene Mittel, zum anderen Spareinlagen, endlich Beiträge, die ihnen durch die Preußenkasse vermittelt wurden. Der Redner berührte hierbei die Vorgänge in der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste und betonte, daß er die Angriffe auf Präsident Zempner nicht für gerechtfertigt hält. Ohne entsprechende Kreditgewährung wäre die Landwirtschaft 1924 zum Stillstand gekommen und die Genossenschaften wären zur völligen Untätigkeit ver-

urteilt gewesen. Wenn in den darauffolgenden Jahren durch das Mißverhältnis der Preise sowie durch mehrere Mißernten die Landwirte ihre Schulden nicht zurückzahlen konnten, sondern sie noch erhöhen mußten, so treffe die Preußenkasse keine Schuld. In den Außenständen befindet sich abwärts auch ein großer Teil Steuern; sowohl Jugwehsteuern als auch Grundsteuern werden bekanntlich ohne Rücksicht auf den Ertrag erhoben. Auch die Ansbuldigung, die Preußenkasse sei einseitig für den Großgrundbesitz eingetreten, entspricht nicht den Tatsachen. Die sächsische Genossenschaftsorganisation setzt sich beispielsweise aus 95 Prozent bürgerlicher Landwirte zusammen.

Daß eine

Einschränkung der Kreditgewährung

eintreten muß, gilt allgemein als selbstverständlich. Das bedeutet aber, daß im nächsten Jahre weniger Dünger verwendet wird, weniger Futtermittel verbraucht werden, vor allem auch weniger Maschinen und Geräte von der Industrie abgenommen werden können, was nicht ohne Rückwirkung auf diese bleiben dürfte. Die neue Leitung der Preußenkasse kann nicht eindrucklich genug davor gewarnt werden, rigoros mit der Einschränkung der Kredite vorzugehen. Jeder Restriktion kann tödlich wirken. Wenn nicht die Landwirtschaft in ihren Grundfesten erschüttert werden soll, muß ganz allmählich vorgegangen werden.

Das Fundament der Genossenschaften ist gesund. Es ist die vornehmste Aufgabe aller beteiligten Stellen, sie in diesem Zustande zu erhalten. Nur wenn das gelingt, wird mit ihrer Hilfe die Landwirtschaft über die jahrelange Krise hinweggebracht werden können. (Beifall.)

Danach sprach

Reichslandbund-Präsident Hepp (M. d. R.) über „Lage und Bedeutung der Landwirtschaft.“

Die Entwicklung unserer nationalwirtschaftlichen Lage gerade der jüngsten Vergangenheit, wie eine große Reihe von ausgearbeiteten Vortragsentwürfen des Landvolkes haben in verhärteter Weise die Aufmerksamkeit auf das deutsche Agrarproblem gelenkt. Der wirtschaftlich Denkende erkennt die Zusammenhänge zwischen Landwirtschaft und Volkswirtschaft. Er sieht im deutschen Bauern den Lebensmittelproduzenten, für welche verarbeitende Kreise den Rohstoff liefern. Er erkennt schließlich auch im Landwirt einen bedeutungsvollen Konumenten industrieller gewerblicher Erzeugnisse.

Sicherung der Ernährung auf heimischer Scholle ist für jedes Volk ein erstrebenswertes Ziel.

Ein wirtschaftlich verarmtes Volk hat ganz besondere Veranlassung, alle Kraft an die Vermehrung der heimischen Lebensmittelproduktion zu legen. Unsere Wirtschaftsbilanz ist durchaus paßlos. Der Warenimport übersteigt den Export um etwa vier Milliarden Mark. Unsere Auslandsschuldung legt uns zurzeit eine jährliche Belastung an Zinsen und Amortisation von mindestens einer halben Milliarde Mark auf. Mit dem Jahre 1928 beginnt die außenpolitische „Normalisierung“ in Erfüllung des Dawes-Planes mit zwei-einhalb Milliarden Mark. Wenn man sich vor Augen hält, daß wir 1927 für etwa vier Milliarden Mark Lebens- und Genussmittel nach Deutschland eingeführt haben, erkennt man die ganze Tragweite des Agrarproblems. Auch die Landwirtschaft ist für die Bedeutung industrieller Exportes bewußt, wenn sie auch gleichzeitig auf die außerordentlich vorteilhafte Behandlung des Binnenmarktes und inländischer Kaufkraft immer wieder aufmerksam zu machen sich verpflichtet hält. Wir sehen gerade in der

Steigerung unserer agrarischen Produktion

und damit in der Beseitigung des Einfuhrzwanges eine Stärkung unserer Auslandsposition, insbesondere in der Handelsvertragspolitik.

Eine einachende Beschäftigung mit dem Agrarproblem läßt neben der wirtschaftlichen, mehr materiellen,

die kultur- und bevölkerungspolitische Bedeutung der Landwirtschaft.

Das Landvolk in den Vordergrund treten. Die weitest-gehende Zahl der selbständigen Erwerbstätigen unter den drei Wirtschaftsklassen: Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Handwerk, Handel und Verkehr, stellt mit 2 203 000 Betriebsinhabern und 4 791 000 mithelfenden Familienangehörigen die größte Gruppe dar. Aus einer Besitzverteilung, bei der nur 0,4 Prozent der Besitzer über eine Fläche von mehr als 100 Hektar verfügen, erklärt sich, daß

der deutsche Bauer der Kern des Mittelstandes

ist. Die große Zahl der mithelfenden Familienangehörigen unterstreicht die Bedeutung der Familie als staatsbildende Zelle. Auch heute wieder zeigen sich die Spuren der Vandalen mit gleichzeitigen Anwachsen der städtischen Bevölkerung. Trotzdem die Geburtenziffer der Stadt beträchtlich unter der ländlichen liegt, wächst die städtische Bevölkerung. Die Stadt lebt mithin vom Geburtenüberschuß des ländlichen Landes.

Die Lage der Landwirtschaft ist ungeheuer ernst.

In ihr liegt eine furchtbare Tragik. Die vom bestem Willen erfüllte Arbeit des Landwirts, die heimische Produktion auf das Äußerste zu heben, ist mit der Bedrohung des Eigentums, vielfach mit dem Verlust der väterlichen Scholle bezahlt. Die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft in Höhe von etwa 13 Milliarden Mark, darunter über 7 Milliarden Mark Neuverschuldung, zeigt den ärmlichen Mangel an Rentabilität. Hier liegt der Kern der Agrarkrise.

Die Landwirtschaft erkennt ihrerseits durchaus die Mittel der Selbsthilfe, die sie bereits in Angriff genommen hat. Wissenschaft und Praxis sind systematisch in den Dienst der Rationalisierung des landwirtschaftlichen Unternehmens, der Verbesserung der Betriebsmethode, der Standardisierung der Ware, der Qualitätssteigerung mit gleichzeitiger Anpassung an die Geschmackswirkung der Verbraucher, der Organisation des Abfahes getreten. Die hohen Rissen des Bezuges künstlicher Düngemittel, die leider zwei schlechte Erntejahre nicht zur Auswirkung kommen ließen, beweisen dies ebenfalls, wie die ansteigende Zahl des Viehstapels, der heute mit den Viehprodukten einen Wert von über 9 Milliarden Mark darstellt.

Das Schuldenproblem ist in seiner endgültigen Lösung eine Rentabilitätsfrage.

Alle die Vorschläge der Umschuldung, der Rinsenkung, können nur dem Zweck dienen, die bestehende Schuldenlast erträglich zu gestalten. Der Reichs-Landbund hat hierzu unter ausdrücklicher Ablehnung vorgeschlagener, jedoch nicht gangbarer Wege Forderungen aufgestellt, die bei einigermaßen gutem Willen erfüllbar sind. Eine Totalumschuldung, die erforderlich wäre, mehrere Milliarden Mark voraussetzt, ist nicht gegeben.

Um so notwendiger ist die systematische Umschuldung durch ratenweise Zuführung von langfristigen Kredit zu extrahäufigen Zinsbedingungen.

Dieser Weg bedeutet die besondere Berücksichtigung der Gebiete, in denen die Kreditkrise eine offensichtliche ist und die vorzugsweise Kreditgewährung an die Antragsteller, bei denen neben der rationalen Verwendung die Möglichkeit der Beschickung gegeben ist. In Verbindung hiermit muß ein System von Kreditautarkaterausfällen erdacht werden. Es wird erforderlich sein, zur Veranschaulichung derartiger Kredite Mittel des Reiches und der Länder heranzuziehen und zur Beschaffung zweifelhafter Hypotheken provinzielle Kassen bereitzustellen. Die augenblickliche Lage macht des weiteren eine Berücksichtigung der Rilligkeitstermine der nächsten Rückzahlungen nach der nächsten Ernte erforderlich. Manach jeder Rentabilität fordern wir den Erlaß der Rentenbankgrundschuldsinsen. Zum Zwecke der Sicherung der Produktion ist ein

energischer Schutz der nationalen Arbeit erforderlich.

Das gilt für die noch zur Erledigung stehenden Handelsverträge mit der Tschechoslowakei und Polen, und die Verabschiedung des endgültigen Zolltarifs. Da der Handelsvertrag mit Polen an dem Lebensnerv des Bauernstandes rührt, gibt es hier für uns keine Halbheiten.

Die Steuerpolitik

hat und seit 1925 nicht fortgeführt. Hier ist ein offensichtliches Verlangen der ausländischen Stellen festzustellen. In ihrer Gesamtheit ist die steuerliche Last unerträglich hoch; sie verhindert damit jegliche Rentabilität und die Neubildung von Kapital. Die Höhe und das Tempo der Verschuldung steigen, das ein gut Teil Steuern aus Krediten bezahlt worden ist. Es fehlt auch noch an Klarheit und Einfachheit im Steuerwesen. Zustimmung dem Grundgedanken des Steuervereinbeitungsgesetzes fordern wir die

äußerste Beschränkung der Grundsteuer der Länder.

Die wenig ausgeglichenen Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft machen für die Einkommensteuer die Verrechnung auf Grund mehrjähriger Einkommens erforderlich. Die der Landwirtschaft zugegangenen Einkommens- und Umsatzsteuererträge übersteigen trotz Verschlechterung der Gesamtlage vielfach die Höhe des Vorjahres. Hier erwarten wir sofortige Abstellung.

Die Landwirtschaft wird sich im öffentlichen Leben nur dann durchsetzen, wenn sie sich bei aller Anerkennung der vielfachen Beziehungen zu anderen Berufsständen in einer starken Organisation, frei von Parteihängigkeit, zusammenschließt. Die Anknüpfung der Macht im Parlament erfordert die Pflege des berufständlichen Gedankens in der freien Organisation. Der kommende Reichs-Landbundtag wird den ungebrochenen Willen des Landvolkes, sich trotz aller Widerstände zu behaupten, zum Ausdruck bringen.

Die Rede, die von einer glänzenden Beherrschung der Materie zeugte, war oft von Zustimmungsausrufen begleitet und fand am Schluß starken Beifall.

Der Präsident der Landwirtschaftskammer, Bogelsang,

sagte in seinem Schlussworte: Es liegt klar auf der Hand, daß in den Tagungen der Landwirtschaftlichen Woche die Not des eigenen Berufsstandes im Vordergrund steht. Ich glaube aber, Sie haben den Eindruck gewonnen und werden ihn noch gewinnen, daß unsere Bestrebungen auf Beseitigung der Not getragen sind von der Erkenntnis, daß es sich um eine Not handelt, die schwer an der Gesamtheit unseres Volkes lastet. Es ist natürlich, daß wir Kreise, die der Landwirtschaft nicht angehören, sich über die landwirtschaftlichen Dinge nicht immer das richtige Urteil bilden. Man verkennt, daß es in erster Linie die Biologie ist, die das Wesen der Landwirtschaft kennzeichnet. Es ist unser eifrigstes Bestreben, die weitesten Kreise unserer Volksgenossen in die Auffassung hineinzutragen, daß es das gute Recht der Verbraucher ist, hohe Anforderungen zu stellen an die Qualität der Lebensmittel. So haben wir nichts unternommen, um

Maßnahmen für eine Qualitätsverbesserung

in Angriff zu nehmen. Voraussetzung hierfür ist aber unter allen Umständen die Rentabilität der Landwirtschaft. Im Interesse unseres ganzen Volkes wünsche ich, daß dieser Zeitpunkt in nicht allzu weiter Ferne liegen möge. (Beifall.)

Bei kaltem Imbiß, Bier und Zigaretten blieb man noch längere Zeit in angeregter Unterhaltung vereint.

Bruderabend der jungdeutschen Landwirte.

Am Abend hielt die Halle Elisabetha des Jungdeutschen Ordens in „Johanneshof“ einen Bruderabend der zur Grünen Woche in Dresden weilenden jungdeutschen Landwirte ab. Hierbei hielt Großkomtur Laße eine gedankreiche Rede, aus der wir folgendes festhalten: Der Präsident der Landwirtschaftskammer, Rittergutsbesitzer Bogelsang, habe keine bedeutungsvolle Rede bei der Eröffnung der Grünen Woche mit dem sehr beherzigen Gedanken geschlossen, daß man sich mit allen Mitteln dagegen wehren müsse, daß das internationale Kapital den deutschen Bauernhand in die Hand bekomme. Das sei auch der ausgeprochene Standpunkt des Jungdeutschen Ordens. Dieser sei eine Schicksals- und Tatgemeinschaft, die mit der Landwirtschaft aufs engste verbunden sei. Der Jungdeutsche kämpfe nicht gegen den Landbund, wie ihm dies oft zu Unrecht vorgeworfen werde. Vielmehr sehe der Orden im Landbunde die berufständliche Vertretung der Landwirte; er kämpfe mit ihm den gleichen Kampf. Der Redner gab dann einen geschichtlichen Rückblick über die Blüte der Landwirtschaft zur Zeit Bismarcks und erwähnte, daß die Landwirtschaft im Weltkrieg durch eigene Kraft Deutschland trotz der Blockade ernährt habe, eine Tat von unerhörter Größe.

Heute seien Mächte am Werke, die die Wirtschaft samt der Landwirtschaft in ihre Gewalt zu bringen suchten, wobei die Gefahr bestände, daß dem Bauern die Halschlinge angeschlossen würde. Der Redner sprach dann von den Opfern, die die Landwirtschaft heute bringen müsse, wobei er mit Nachdruck betonte, daß der Bauer bei allem in der Natur seines Standes liegenden Materialismus doch nie vergehen dürfe, daß er nur mit einem gesunden Idealismus weiter komme. Mit Empörung wies der Redner den Schandvertrag von Versailles und die Ungerechtigkeit der Dawes-Kosten zurück. Was die Schutzzölle angehe, so sollen und können sie der Landwirtschaft dienen, aber sie dürfen nicht preiderhöhend wirken. Zum Schluß betonte der Redner die Verbundenheit von Stadt und Land auf Grund des jungdeutschen Gedankens, damit der Kampf zwischen Bauer und Städter endlich aufhöre. Die Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

An zweiter Stelle sprach Bruder Jessen, Vorstandmitglied des Bundes heimattreuer Norddeutscher, über den Kampf seiner Heimat zur Zeit der Abkündigung und über die gegenwärtigen Wirtschaftskämpfe dort, die mit unehrer Schärfe geführt werden müßten. An die Vorträge schloß sich eine lebhafteste Debatte.

Der zweite Tag der „Grünen Woche“ in Dresden.

Am heutigen zweiten Tag der 8. Sächsischen Landwirtschaftlichen Woche spricht Universitätsprofessor Dr. Hönckamp (Rostock) vormittags 9 Uhr im großen Saale des Vereinstheaters über „Die Dünung der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen unter Berücksichtigung der Bodenuntersuchungen“. Der zweite Vortrag von Professor Dr. Hollbach (Leipzig) beschäftigt sich mit der Rolle der Maschinen in der Landwirtschaft, während Dr. A. Schindler vom Deutschen Landwirtschaftsrat Berlin über die Frage referiert: „Wie kann der Landwirt die Preisbildung für seine Erzeug-

Männer! Neue Kraft!

Man kennt heute nur noch „Okasa“ (nach Geheimrat Dr. med. Lahusen). Das einzig dastehende hochwertige Sexual-Kraftgemittel (sexuelle Neuartigkeit). Notariell beglaubigte Anerkennungen von zahlreichen Ärzten und tausende Dankschreiben dankbarer Verbraucher beweisen die einzig dastehende Wirkung! Trotzdem gibt es noch Zweifler! Wir verändern daher nochmals, diskret verpackt, ohne jede Abänderung, 50 000 Probe-Packungen kostenlos ohne jede Verpflichtung gegen 30 Pf. Doppel-Brief-Porto; wir legen hochinteressante Broschüre bei. Original-Packung 4,50 M. zu haben in den Apotheken, General-Import und Alleinvertrieb für Deutschland: Radlauer, Kronen-Apotheke, Berlin W. 159, Friedrichstrasse 109.

Rundfunkprogramme.

Dienstag, den 24. Januar 1928.

Mitteldeutscher Sender Dresden-Leipzig.

12 Uhr: „Mittagskonzert“ auf der Doppel-Tripophonola.
3 Uhr: Vorträge aus den Neuesten auf dem Büchermarkt.
4.30 Uhr: Unterhaltungskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters.

Berliner Sender.

12.30 Uhr: Die Viertelstunde für den Landwirt.
5.30 Uhr: Stunde mit Bildern. Sprecher: Dr. Langbeinrich.
4 Uhr: Geh. Finanzrat Dr. Ewald Wolf: Die Beziehungen von Auslandsbanken der Antike-Abwicklung.

Königsruferhauern.

12 Uhr: Studenten Völder und Viktor Claude Grander: Bräutigam für Schüler.
2.30 Uhr: Kinderstunde: Dr. Richard Cser: Kinder und Tiere: „Bon Salamanders und Terrarien.“

Aus Dresdens Lichtspielhäusern.

Zentrum-Lichtspiele (Seestraße 13). „Mein Freund Harry“, der Film der Vormoche, hat sich bei den Dresdnern dermaßen angefreundet, daß sie ihn nach einwöchigem Besuche noch nicht entlassen mögen.

vom Besamensein Harry Hediges und Maria Paulers mit der Dresdner Presse.

Häckerhol-Lichtspiele. Die Direktion wird das zurzeit laufende, besonders hervorragende Filmmittel „Casanova“ bis mit Donnerstag verlängern, da es starken Andrang findet.

Nabelsburg-Lichtspiele. Seit Montag läuft der mit nie verlagendem Erfolge aufgeführte Film der Metro-Verleih-Gesellschaft „Das Feldgericht von Gorlice“.

Aus der Geschäftswelt. Der neue Nord. In der großen Ausstellungshalle im Dresdner Hauptbahnhof-Draum von Hof- & Co. steht seit gestern der neue Nord zur Verfügung.

Für die Gesundheit eines jeden ist Sonnenlicht ein wertvolles Stärkung- und Milderungsmittel. Der heutige Winter liegt ein Froheitz bei, der Heilung und Wirkung des Sonnenlichts ist erklärter, erhält kostenlos eine Probe und eine Broschüre mit den besten Ratsehlagen zur Erhaltung und Kräftigung der Gesundheit.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Größtliche Realschule, Dresden-N., Seidniger Straße 9, Fernsprecher 17624.
Anmeldungen für das Schuljahr 1928/29 werden wochentags von 10 bis 12 Uhr entgegengenommen.

Essentielle Gesamtsitzung der Handelskammer Dresden Mittwoch, den 25. Januar, vormittags 11 Uhr.
Tagesordnung: 1. Bericht über die Lage von Handel und Industrie des Kammerbezirks im Jahre 1927; 2. Einführung einer Zwangshaftpflichtversicherung für Kraftwagen und Krafttrader.

Die Stelle des Direktors des Statistischen Amtes der Stadt Dresden ist am 1. Mai 1928 neu zu besetzen.
Es ist beabsichtigt, die Stelle bei der bevorstehenden Neuregelung der städtischen Gehälter in Gruppe 5 (Grundgehalt 5400 Reichsmark bis 12 000 Reichsmark) einzusetzen.

Aufgehobene Straßensperrungen. Die wegen Gleisumbaus gesperrte Gosestraße, sowie der Teil der Dismarsstraße zwischen Gose- und Kaiserstraße sind für den Verkehr wieder freigegeben.

Baugenehmigungen

in der Woche vom 16. bis 21. Januar 1928.
Wohngebäude: Bauzelle: Ede Frauenkrieger und Lipsdortter Straße, Markt 253y; Bauberr. Bauleiter und Ausführer: Baumeister Ernst Benoit, Eblestraße 10.

Vorschläge für den Mittagstisch.

Weiße Bohnensuppe; Spinatstrudel mit Tomatentunke.
Bohnensuppe. Ein halber Liter, abends vor dem Gebrauch in kochendem Wasser eingewärmte kleine weiße Bohnen kochen man wenig Wasser weich kungelähr drei Stunden lang.

Vom 17. bis 31. 1. 28 Inventur-Ausverkauf
Während des Ausverkaufs auf alle Waren ohne Ausnahme 20% Rabatt
Zimmermann Herren- und Jünglings-Bekleidung Dresden-A., Trompeterstr. 7

Eine große Fuhrwerkswaage (250 Ztr. Tragf.) mit überbautem Aufgängerwerk, wegen Gebrauchsverlegung billig zu verk.
Dobermann-Hund, sehr machbar, umhängebbar in ganz Hände billig zu verkaufen.
Schwarzbrauner Ballach, 7jähr. Vollbl., 166 cm, gel. u. fehlerf., unverletztes Weisferd, auch über ein u. zwei spännig gefahren, billig zu verkaufen. Anzufragen Dresdner Reilbahn, Lindenaustraße 30.

Schrank-, Auto- und Coupékoffer, Taschen und Einrichtungskoffer. Sonderanfertigungen u. Reparaturen. Nur beste, eigene Fabrikate zu billigsten Preisen, direkt in den Werkstätten.
Reichstr. 4 THOMAS Lindenaustr. 14 Verkauf im Hofe. Telefon 41025.

Eleg. Coupé auf Gummi, dunkelblau, für 15-20 Personen, ev. wird immer ausgereinigt. Preis im Nachhinein genommen. Näheres durch Reimann per Telefon 4650.
Odenburger, ostfriesischer sow. dänischer und Seeländer Pferde bel mir in großer Auswahl zu billigen Preisen zum Verkauf.
Notizen. Fernsprecher 90. Otto Merker.

Geschäfts-Drucksachen in geschmackvoller Ausführung liefert schnell und preiswert die Graphische Kunstanstalt LIEPSCH & REICHARDT Dresden-A., Marienstr. 38/42 Tel. 25241 Man verlange unseren technischen Vertriebsvereins-Drucksachen

Setzt hierdurch ergeht an, daß ich mit mehreren großen Transporten besser Odenburger Wagen sowie Schwed. u. Dän. Arbeitspferde leichten und schwersten Schlags eingetroffen bin, und stehen diese zu bekannt billigen Preisen in großer Auswahl bei mir zum Verkauf.

Franz Augustin, Dresden-N., Sechsstraße 30 Telefon 54197

Was hat M.M. mit Ihrer Zukunft zu tun?
In die Hände meine Lieben wurde Euch M.M. geschrieben! Was die Hände sonst noch künden ist in einem Buch zu finden, Das Matheus Müller sendet, Wenn Ihr Euch an diesen wendet!
Alle M.M.-Freunde erhalten die interessante Broschüre „Was sagen mir die Handlinien“ von Isoborn-Haldane gegen Einsendung dieses Abschlusses kostenlos und portofrei zugesandt.
An Matheus Müller Sekellerei Elville a. Rh. 34
Name:
Ort:
Wohnung:

Zu beziehen durch den Weinhandel: Generalvertreter für den Großhandel: Hans Geller, Dresden-A., Holbeinstr. 129. Fernsprecher 34893.

lands ist wieder froh eingetreten, und ob in dieser Jahreszeit die Schifffahrt längere Zeit offenbleiben wird, erscheint fraglich.

Wägen: Die internationalen Märkte blieben auch in der Berichtswoche ziemlich unverändert; von Europa lagen wenig Nachrichten vor.

Roggen: Das Auslandangebot für prompte Ware war reichlich, das Material wurde bei unveränderten Preisen aufgenommen.

Wolle: Dieser Artikel blieb in der Berichtswoche vollkommen unverändert. Einige Partien guter Qualität kamen am Export, und es besteht auch weiter gute Nachfrage für schöne Ware.

Weltverbrauch und Weltvorräte an amerikanischer Baumwolle.

Neben die Weltvorräte, den Weltverbrauch und die Bewegung der amerikanischen Baumwolle in der Woche vom 14. bis 21. Januar 1928 berichtet die New Orleans Baumwollbörse laut Kabelmeldung der „Textile-Boards“ folgendes:

Ausfuhr amerikanischer Baumwolle von den Vereinigten Staaten nach Deutschland: 29.000 Ballen, seit dem 1. August 1927 1.411.000 Ballen (gegenüber 1.756.000 Ballen im gleichen Zeitraum des Vorjahres).

Amerikanische Gesamtausfuhr: Im Laufe der Woche 184.000 Ballen (330.000 Ballen in der gleichen Woche des Vorjahres) und 4.294.000 Ballen seit dem 1. August 1927 (im Vorjahr 6.189.000 Ballen).

Vorräte an amerikanischer Baumwolle am 20. Januar in allen Öfen der Union: 2.412.000 Ballen (im Vorjahr 2.897.000 Ballen), Vorräte in New Orleans, Houston und Galveston: 1.927.000 Ballen (im Vorjahr 2.319.000 Ballen).

Neue sichtbare Vorräte, die von den Pflanzungen in dieser Woche auf den amerikanischen Markt kamen: 183.000 Ballen (im Vorjahr 379.000 Ballen).

Der sichtbare Weltvorrat an amerikanischer Baumwolle, soweit noch nicht von Spinnereien gekauft, betrug am 20. Januar 5.288.000 Ballen (im Vorjahr 6.870.000 Ballen).

Besser berechnet die Anschaffungen der Spinnereien der Welt in dieser Woche mit 275.000 Ballen (im Vorjahr 350.000 Ballen). Seit dem 1. August sind von den Spinnereien 8.489.000 Ballen (im Vorjahr 9.258.000 Ballen) aus dem Markt genommen worden.

Die Vorräte an indischer Baumwolle in Bombay betragen am 20. Januar 651.000 Ballen (im Vorjahr 485.000 Ballen), während am gleichen Tage in Alexandria 481.000 Ballen (im Vorjahr 493.000 Ballen) ägyptischer Baumwolle vorhanden waren.

Vom Zuckermarkt.

Der in der letzten Zeit von neuem eingetretene Abwärtsdruck der Zuckerpresse hat sich während des Berichtsbereichs fortgesetzt. An den deutschen Plätzen hielt sich die Geschäftstätigkeit in nur engem Rahmen und greifbare Ware (Rohware wie Raffinaden) vermochten sich allein im allgemeinen in ihrem Preisstande noch ziemlich zu erhalten.

Der Verkehr in Rohzucker an den deutschen Zuckermärkten zeigte nur einen Bodenanstieg von 38.400 gegen einen Bodenanstieg von 68.000 Zentner in der Vormoche.

In Verbrauchszucker war das Geschäft nicht groß und die offiziellen Ausschreibungen beschränkten die Tendenz größtenteils auf Stillstand. Die Preise vermochten sich im Durchschnitt zu behaupten.

Am Terminmarkt traten einige Preisrückgänge hervor, aus denen ein Bodenverlust von 15 bis 20 Pfg. je Zentner für die einzelnen Sorten hervorging.

In Zuckermelasse kamen etwas mehr Umsätze zustande als in der Vormoche. Melassepreise blieben dabei 10 bis 15 Pfg. für den Zentner ein. Weichmelasse wurde in diesem Monat zum ersten Male notiert mit 4,50 bis 4,75 Pfg., rund 5 bis 12 1/2 Pfg. für den Zentner niedriger als Hochmelasse.

Schiffsnachrichten.

Nächste Dampferabfahrten des Norddeutschen Lloyd Bremen.

Salveston, Nordsee über Ostsee: D. Nord 2. März. — Philadelphia, Baltimore, Norfolk ab Hamburg: D. Göttingen 4. Febr. (ab Bremen 8. Febr.). — Nordamerika Westküste ab Hamburg: D. Jutland 24. Jan. (ab Bremen 28. Jan.). — D. Rurik 14. Febr. (ab Bremen 18. Febr.).

Nächste Dampferabfahrten der Hamburg-Amerika-Linie. Nach Neuseeland: D. Deutschland ab Hamburg 20. Jan. ab Cuxhaven 27. Jan. — D. Cleveland ab Hamburg 1. Febr. ab Cuxhaven 2. Febr.

Gerichtliche Versteigerungsverfahren in Sachsen. Erstinstanz: Frau Marie Helene verm. Brämann geb. Weiland. 1. A. Johannes Brämann, Chemnitz.

Sächsische und außer-sächsische Konkurse.

Sächsische. Rimbach: Kaufmann Hermann Guido Wollter, Rimbach, Ann. 10. Februar. Marienberg: Baugeschäftsinhaber Paul Max Weber, Rühndel, Ann. 4. Februar.

Außer-sächsische. Nürnberg: Kaufmann Karl Veilmann, Barntrup, Ann. 9. März. Ansbach: Schreinermeister Hans Schler, Seibolshausen, Ann. 2. März.

Chicago, Lokopreise. Weizen per März 130,75. Weizen per Mai 131,875. Weizen per Juli 127,50. Roggen per März 111,00. Roggen per Mai 110,25. Roggen per Juli 104,50.

Bekanntmachungen der Dresdner Amtsgerichte.

Dresdner Handelsregister.

Eingetragen wurde: Auf Blatt 17548, betreffend die Gesellschaft Gremer und Große, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Der Kaufmann Arthur Gremer ist nicht mehr Geschäftsführer.

Berliner Metallterminhandel vom 23. Januar.

Kupfer: Ruhig. Januar 127,50 bez., 127,25 G., 127,50 Br., Februar 128,25 G., 128,50 Br., März 128 G., 128,50 Br., April 126 G., 126,75 Br., Mai 126,25 G., 126,50 Br., Juni 126,25 G., 126,25 Br., Juli 126,25 G., 126,25 Br., August 126,25 G., 126,25 Br., September 126,25 G., 126,25 Br., Oktober 126,25 G., 126,25 Br., November 126,25 G., 126,25 Br., Dezember 126,25 G., 126,25 Br.

Chicago, Lokopreise.

Weizen per März 130,75. Weizen per Mai 131,875. Weizen per Juli 127,50. Roggen per März 111,00. Roggen per Mai 110,25. Roggen per Juli 104,50.

Manitoba.

Weizen loco Northern I 145,25. Weizen loco Northern II 137,875. Weizen loco Northern III 123,25.

Amerikanische Warenmärkte.

Table with 3 columns: Commodity, 23. Januar, 21. Januar. Includes items like Zucker - Neuport (Schluß), Baumwolle - Neuport (Schluß), etc.

Table with 3 columns: Commodity, 23. Januar, 21. Januar. Includes items like Kaffee - Neuport (Schluß), Baumwolle - Neuport (Schluß), etc.

Table with 3 columns: Commodity, 23. Januar, 21. Januar. Includes items like Baumwolle - Neuport (Schluß), etc.

Table with 3 columns: Commodity, 23. Januar, 21. Januar. Includes items like Metalle - Neuport (Schluß), etc.

Table with 3 columns: Commodity, 23. Januar, 21. Januar. Includes items like Getreide und Mehl (Schluß), etc.

Table with 3 columns: Commodity, 23. Januar, 21. Januar. Includes items like Chicago, Lokopreise, etc.

Table with 3 columns: Commodity, 23. Januar, 21. Januar. Includes items like Weizen per März, etc.

Table with 3 columns: Commodity, 23. Januar, 21. Januar. Includes items like Weizen per Juli, etc.

Table with 3 columns: Commodity, 23. Januar, 21. Januar. Includes items like Weizen per Oktober, etc.

Table with 3 columns: Commodity, 23. Januar, 21. Januar. Includes items like Weizen per Mai, etc.

Table with 3 columns: Commodity, 23. Januar, 21. Januar. Includes items like Weizen per Juli, etc.

Table with 3 columns: Commodity, 23. Januar, 21. Januar. Includes items like Weizen per Mai, etc.

Table with 3 columns: Commodity, 23. Januar, 21. Januar. Includes items like Weizen per Juli, etc.

Table with 3 columns: Commodity, 23. Januar, 21. Januar. Includes items like Weizen per Juli, etc.

Der deutsche Städteitag zur produktiven Winzerhilfe und Getränkesteuer.

Zu diesem Thema äußert sich der „Deutsche Weinbau“, das Organ des Deutschen Weinbauverbandes wie folgt: Der Deutsche Städteitag will seine Bestrebungen auf die Förderung der Gemeindegetränkesteuer in der Öffentlichkeit richtiger machen. In diesem Zwecke ist er so, als ob ihm an der Förderung des Weinbaues sehr viel gelegen wäre. Wertwärtig berührt dabei, daß der Deutsche Städteitag auf dem Gebiete Vorschläge macht, auf dem er absolut keine Erfahrungen besitzt. Die Vorschläge sind denn auch nach Ausfertigung. Es werden wieder alle Rezepte aufgewärmt, die längst als unbrauchbar von wirklichen Kennern des Weinbaues bezeichnet worden sind. Daß diese Tatsache dem Deutschen Städteitag nicht bekannt ist, beweist, wie wenig er sich bisher um die Verhältnisse des deutschen Weinbaues gekümmert hat. Um die durchsichtiger erscheint auf einmal die starke Betonung des Interesses an der Förderung des Weinbaues. Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß die Aufhebung der Weinsteuer und der Gemeindegetränkesteuer eine starke Belebung auf den Weinanbau auslöste. Wenn der Deutsche Städteitag eine andere Aufstellung vertritt, so kann dies nur daher kommen, daß er mit einer ganz einseitigen Einstellung an das Problem herantritt. Jedenfalls werden sich Weinbau und Weinhandel durch solche Gesetze in die Presse lanzierten Notizen nicht kopschicken machen lassen, sondern nach wie vor allen Bestrebungen auf Wiedereinführung einer Weinksteuer schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Weinbau und Weinhandel wissen am besten selbst, was ihnen frommt und benötigen dazu nicht die Ratsschlüsse des Deutschen Städteitages.

Bermischtes.

Die Goldfunde in Schweden.

Aus Stockholm wird uns geschrieben: Es sind etwa 2 1/2 Jahre her, als durch Schweden der Alarmruf ging: große Goldminen gefunden! Man hatte in der Nähe des kleinen, westlich von Umeå, südlich von Umeå, große Lager von Schwefelkies, Kupfererz und Arsenerz entdeckt und geologische Untersuchungen ergaben, daß sich die Kupfer- und Arsenlager als Goldlager, stellenweise als stark gold- und silberhaltig erwiesen. Um diese Zeit begann eine wilde Jagd nach Terranaufkäufen um Umeå, für die jeder Preis gezahlt wurde. Aus allen Ländern strömten „Goldlucher“ herbei, zunächst wurden nach amerikanischem Muster Holzbaracken angelegt, inzwischen sind Hotels, Häuser und Straßen mit Wasserleitung und Kanalisation angelegt worden, es entstand eine Grubenstadt, überaus schnell vom Goldfieberdampf umgeben. Die geologischen Prospektionen sind, zum großen Teil wenigstens, eingetroffen! Einige tausend Mutungen, Berechtigungen auf Kupfererzabbau, sind von der fast über Nacht reich gewordenen Gemeinde vergeben worden. Dorf Umeå gibt nicht mehr, wie ein Phantom erhebt sich auf dem früheren Brachland die neue Stadt mit begonnenen Eisenbahnverbindungen nach der Küste, mit im Bau begriffenen Schul- und Verwaltungsgebäuden. Zu Beginn des Jahres 1926 wurde nach oberflächlicher Schätzung die Ausbeute an Gold aus dem Kupfererz auf etwa 25 Zentner jährlich geschätzt, nach den Ergebnissen des letzten Jahres dürfte sie aber mit der Erweiterung des Abbaues auf allen Mineralerzern bedeutend zunehmen. Das letztjährige Resultat an Silberfunden hat enttäuscht. Gold ist Trümpf! Natürlich ist ein abschließendes Urteil über den zukünftigen Goldgewinn noch nicht möglich, denn es ist neuerdings wiederum in der Landschaft Västernorrland und hier an ganz anderer Stelle, im südlichen Schweden gelegenen Landschaft Bergslagen bedeutende mineralogische Funde gemacht worden, ebenso in der Lappmark, in der Nähe des 1000 Fuß hohen Berges Gellivare. Hier sieht man auf riesige Kupfer-, Zink- und Schwefelkieslager, die, wie die Untersuchungen ergab, ebenfalls stark gold- und silberhaltig sind! Schon hat auch hier die Goldbarriere ihren Anfang genommen. Da von Umeå nach Gellivare Eisenbahnverbindungen besteht, dürfte der Berg, der noch heute alle höchsten Europas mit seinen hochprozentigen Erzen versorgen könnte, zu einem zweiten Eldorado Schwedens für Goldlucher werden. Am schwedischen Hafen Stollestea werden mit Beginn des Frühjahres zwecks Absonderung von Gold und Silber aus dem Weitein große Schmelzwerke von Erzkonzerngesellschaften errichtet. Man hand den ersten phantastischen Meldungen aus Schweden über große Gold- und Silberfunde bisher kritisch gegenüber, aber schon die bisherigen Ergebnisse haben einen Beweis von dem verhältnismäßig reichen Goldreichtum der verschiedenen Mineralprodukte im schwedischen Bergland erbracht. Von besonderem Interesse ist dabei, daß die Goldausbeute des schwedischen Bergbaues im Jahre 1926 ganze zwei Pfund betrug.

Alexander Kubloff in einer Heilanstalt. Der junge Witte der Prinzessin Viktoria von Preußen, Alexander Kubloff, befindet sich, wie die „Tägl. Rundschau“ meldet, in der Heilanstalt des Dr. v. Ehrenwall in Ehrweiler. Sein Benehmen — er machte die Nacht zum Tage, hatte Däuel aller Art, hantierte mit Schusswaffen — ließ Bedenken aufkommen, ob er geistig normal sei. Weiter wird dazu mitgeteilt, es habe sich während der Ehe herausgestellt, daß Kubloff Kofanist sei, was seine Frau vorher nicht gewußt habe. Außerdem habe sich Kubloff unter dem Vorwande, er besuche Bekannte, in verächtlichen Lokalen herumgetrieben, und er wurde, als Frau Kubloff davon geräthweise erfuhr, überwachet. Es stellte sich heraus, daß Kubloffs Lebenswandel in der Tat sehr ausschweifend war, woraufhin Frau Kubloff seine Unterbringung in der Heilanstalt angeordnet haben soll.

Die älteste Frau Deutschlands gestorben. In Embden Kreis Lüneburg, starb am Sonnabendmorgen den 23. Januar die älteste Frau, die Witwe Johanna Prigge. Sie wurde am 6. November 1821 in Hamburg geboren. Seit ihrem 108. Lebensjahre lebte die Greisin in Embden, wo sie von vielen Besuchern aus allen Weltteilen aufgesucht wurde. Sie bewahrte sich bis zu ihrem Tode ein ausgezeichnetes Gedächtnis und mußte noch sehr anschaulich von dem großen Brande in Hamburg im Jahre 1842 erzählen. — In Ludwigslust verstarb im 106. Lebensjahre die unter dem Namen Mutter Jastram allgemein bekannte Älteste Frau Heddenburg. Sie war noch bei bester Gesundheit, und abends, einige Stunden vor ihrem Tode, konnte man sie in ihrem Altersheim noch singen hören. In der Nacht machte eine plötzliche Herzschwäche ihrem Leben ein Ende.

Zwei Todesopfer in Böhlingen. Die Böhlinger Explosionskatastrophe hat zwei weitere Todesopfer gefordert. In der Nacht zum Montag sind der Betriebsführer Nikolaus Baus und der Dampfenarbeiter Heinrich Schmidt ihren Verletzungen erlegen. Die Zahl der Toten erhöht sich damit auf dreizehn. Mit dem Ableben eines weiteren Schwerverletzten wird gerechnet.

Drei Selbstmorde durch Gasvergiftung in Berlin. Im Laufe des Sonntags wurden in Berlin mehrere Fälle von Selbstmord durch Gasvergiftung entdeckt, die vier Menschenleben forderten. In einem Fall handelt es sich um eine 45jährige Frau und deren Tochter, die, wie aus hinterlassenen Briefen hervorgeht, aus Liebeskummer in den Tod gegangen sind. Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg. Durch Einatmen von Sauerstoff begann ebenfalls aus Liebeskummer eine 37jährige Frau Selbstmord. Schließlich wurde noch am Sonntag früh ein 67jähriger Chauffeur und dessen 60jährige Frau, die wegen schwerer Erkrankung der Frau freiwillig den Tod gesucht hatten, in ihrer Wohnung bewußlos auf-

gefunden. Wiederbelebungsversuche waren nur bei dem Mann von Erfolg, während die Frau unter der Hand des Arztes verstarb. Nordverlust in der Grube. Im Grubenbetrieb der Zeche „Minerale Stein“ in Dortmund kam es zu einer blutigen Auseinandersetzung zwischen dem Steiger Ribbelis und dem Wetterkontrollleur Kowid. Wegen einer nicht ordnungsmäßig ausgeführten Arbeit war der Wetterkontrollleur von dem Steiger geküßt worden. Darauf entspann sich ein Wortwechsel, der schließlich in eine Schlägerei ausartete. Kowid ergriff ein Peil und verlegte damit den Steiger am Kopf schwer. Um weiteren Schlägen zu entgehen, stellte sich der Steiger tot. Kowid warf nun den vermeintlichen Toten in den Bremsberg-Sumpf. Nachdem sich der schwerverletzte Steiger aus dem Sumpf herausgearbeitet hatte, wurde er von dem Täter nochmals bedroht. Von hinausgehenden Bergleuten wurde der Steiger dann aufgebracht und dem Krankenhaus zugeführt. Der Wetterkontrollleur wurde verhaftet.

Die Aler Brandstiftung. Wie mitgeteilt wird, hat der der Brandstiftung verdächtige Mitinhaber der Aler Firma Emil Schulz & Co., Ludwig Feddern, ein Geständnis abgelegt. Der Entschluß zu der Tat sei ihm erst gekommen, als die Dedanzquote der Versicherung eintraf, die bekanntlich am 19. Januar, dem Tage nach dem Brande, ablief. Die Versicherung war auf 65 000 Mark abgeschlossen. Zur Vorbereitung des Brandes hatte Feddern ungeheure Mengen Benzin, Automobilöl, Arabid und Fußbaumwolle verteilt, daß eine Mißexplosion hätte erfolgen müssen, über deren Folgen er sich im Klaren war.

Die Expedition der Hamburg-Amerika-Linie. Die Hamburg-Amerika-Linie entsendet mit ihrem Weltreisepanzer „Resolute“ eine aus vier Fachleuten bestehende Filmexpedition, die die Aufgabe hat, auf einer nach dreißig Ländern in vier Kontinenten führenden Fahrt das Leben der Völker in seinen mannigfaltigen Erscheinungsformen bildmäßig zu erfassen und die Kunst dieser Völker an Ort und Stelle aufzunehmen.

Zwei Tote bei einem Automobilunglück. Ein von Hilsberg zurückkehrendes, mit vier Personen besetztes Auto wurde bei dichtem Schneegestöber von dem aus Greiffenberg kommenden Zuge bei Überquerung der Bahnstrecke erfasst und fast bis zum Bahnhof Friedeberg mitgeschleift. Der Fahrer, ein Fahrradhändler aus Goldberg, und ein neben ihm sitzender Herr wurden getötet; die beiden anderen Insassen haben schwere Bein- und Knochenbrüche erlitten.

Wegen betrügerischen Bankrotts verhaftet. Der Chef der Wiener Seidenfirma Leopold Hirschmann & Sohn, Berthold Hirschmann, wurde wegen betrügerischen Bankrotts verhaftet. Die Passiven belaufen sich auf 10 Millionen Kronen, denen ganz geringfügige Aktiven gegenüberstehen sollen.

Neue Kälteperiode in Polen. Seit Sonntag ist in ganz Polen wieder eine Kälteperiode eingetreten, die dieses Mal mit starken Schneefällen verbunden ist. In Warschau liegt bereits der Schnee über 50 Zentimeter hoch. Aus allen Teilen Polens wird von empfindlichen Verkehrshindern berichtet. In der Nähe von Nowogrodek blieb ein Zug im Schnee stecken.

Beim Überschreiten der Grenze erschossen. Beim Versuch, die polnische Grenze an der Scharnafla bei Dindenburg zu überschreiten, wurde der neunzehnjährige Arbeiter Donnisch aus Jaborze von einem polnischen Grenzbeamten, dessen Aufforderung zum Stehenbleiben Donnisch unbeachtet ließ, angeschossen. Die Verletzung war so schwer, daß Donnisch kurze Zeit darauf verstarb.

Entgeißelung des Schneekauges Paris-Vissalon. Die Karas aus Vissalon berichtet, ist der aus Paris kommende Schneekauger bei Comtomil entgeißelt. Zwei Eisenbahnangehörige wurden getötet, mehrere schwer verletzt, darunter auch der Zugführer.

Einer, der Gewitter vorherseht. Eine sonderbare Persönlichkeit behauptet das Dörschen Piz in England. Es ist ein Ackerknecht, dessen Körperaufbau von einer Art ist, daß er Gewitter schon eine geraume Zeit, bevor sie aufziehen, verspürt. Der Mann ist einmal vom Blitz getroffen worden, im Jahre 1914 und im Herbst vorigen Jahres. 1914 war er sechs Wochen bewußlos und das letzte Mal verursachte der Blitzschlag ihm nur etwas Kopfschmerzen. Seitdem der Mann zum ersten Mal vom Blitz getroffen wurde, besitzt er die Eigenschaft, kommenden Gewitter schon im voraus zu fühlen. Ungefähr zwölf Stunden vor dem Ausbrechen eines Gewitters bekommt er heftige, stohweises Schütteln und es ist ihm, als sei er mit einer elektrischen Batterie geladen.

Der Offizierspelz. Der Alte Friz sah es nicht gern, wenn seine Offiziere Pelze trugen. Eines Tages kommt er in das Vorzimmer zu seinem Arbeitsraum, als er am Ramin einen zum Trocknen aufgehängten Pelz sieht. Während nimmt er ihn und wirft ihn ins Feuer. „Dat Er souk noch etwas zu sagen?“ herrscht er den diensthabenden Offizier an. „Rein, Majestät. Ich weiß aber nicht, was der englische Besandte dazu sagen wird, der den Pelz zum Trocknen aufgehängt hat.“

Die Schule. Eine ergötliche Probe davon, wie sich die Schule im Kopfe eines Kindes malt, bietet ein Aufsatz, der von Ilse Franke in ihrem soeben bei Georg Müller in München erschienenen Buch „Die Weisheit der Kinderkühle“ mitgeteilt wird. Das lustige Dokument lautet folgendermaßen: „Die Schule besteht aus den Bänken, dem Tintenfah und dem Lehrer. Wer noch später als der Lehrer in die Schule kommt, ist der größte Faulpelz und wird durch diesen bestraft. Wer Kapsel kliebt, kommt einen runter, wo sie aber dem Lehrer kliebt, kommt zwei runter. Um heden gehen wir in die Schule, und dann warten wir, bis sie aus ist. Der Lehrer hat mit dem Stock in der Religion ein Loch ins gelobte Land gestochen. In der Singstunde singen wir von da bis la, einige können noch höher. Der Lehrer kommt am tiefsten, der kann aber nicht raus. In der Schule hängt auch ein Thermometer. Damit macht man im Sommer heiß, dann gibt's Hibelorien. In der Freiviertelstunde essen wir eine halbe Stunde unser Butterdrot. Wenn's Turnen ist, springen wir über den Bod, der Herr Lehrer springt zuerst, dann springen auch wir und harken unsere Glieder. Am Sonntag spielt der Herr Lehrer die Orgel. Da treten wir ihm den Balg, bis er quiekt. Augenblicklich ist der Lehrer krank. Da haben wir keine Schule, aber wir hoffen das Beste.“

Die Männer der schönen Emma. Sie weiß nicht mehr, welchen Namen sie führt. — Die Komödie einer Bigamistin. Männliche Bigamisten sind erheblich häufiger als weibliche. Das ist nun einmal so, und wir Männer wollen lieber nicht darüber reden, weshalb das so ist. Ein männlicher Bigamist namens (sagen wir) Paul Müller, heißt, auch wenn er sechs Frauen hintereinander heiratet, immer noch Paul Müller. Einer Frau, die mehrmals eine Ehe einget, ohne sich vorher scheiden zu lassen, kann es passieren, daß sie am Ende nicht mehr weiß, welchen Namen sie zu Recht trägt. So ging es der einstmals hübschen Emma B., die zuerst mit drei Männern verheiratet und mit einem verlobt ist, und der man die Ladung zum Termin erst nach zehn Jahren (!) zu stellen konnte, weil nicht einmal das Gericht wußte, wie die Angeklagte eigentlich heißt.

Im Jahre 1904 schloß Emma ihre erste Ehe mit einem Kaufmann Karl Gath und hieß demzufolge Emma Gath. Nach ein paar Jahren ging der gute Karl mit einer anderen durch, und ließ sie mit einigen Kindern zurück, so daß sie die Scheidungsklage einreichte. Doch ehe das Urteil herauskam,

kehrte Karl Gath reumütig zurück, verlobte sich mit ihr, und zog dann im Jahre 1914 frohlich ins Feld, um wiederum nie wieder etwas von sich hören zu lassen. Emma wartete bis zum Mai des Jahres 1915, als eines Morgens ein Magistratsbeamter in ihrer Wohnung erschien und ihr in Gegenwart eines Jungen die traurige Mitteilung machte, daß ihr Mann im Felde gefallen sei. Schnell getrübt und rasch entschlossen, heiratete sie nunmehr den Schlosser Fehrmann, und hieß demzufolge Emma Fehrmann, verwitwete Gath. Wenigstens sechs Monate lang; aber dann traf ein Brief ihrer früheren Verwandten ein, mit der aufregenden Mitteilung, nicht Karl, sondern sein Bruder Julius Gath sei gefallen. Worauf Frau Emma nicht mehr recht wußte, ob sie nun Frau Gath oder Frau Fehrmann, verwitwete Gath, sich zu nennen verpflichtet sei. Die Staatsanwaltschaft jedenfalls leitete ein Verfahren wegen Bigamie ein, und ließ die zweite Ehe für nichtig erklären. Aus unbekanntem Gründen ist verabsäumt worden, dies der Angeklagten mitzuteilen, die deshalb (als Karl Gath sich weiterhin nicht meldete) ohne Sorge Frau Emma Fehrmann blieb.

Im Jahre 1922 ließ sie sich von dem Schlossermeister scheiden, und Frau Fehrmann, selbstgeschiedene Gath, die eigentlich Frau Gath, nichtigerklärte Fehrmann, hieß, heiratete den Kaufmann Paul Sodoma, und nannte sich nun Frau Emma Sodoma, geschiedene Fehrmann, obwohl sie immer noch Gath hieß, was sie aber nicht wußte. Nach weiteren vier Jahren wurde die Ehe mit Sodoma, die nie zu Recht bestanden hatte, rechtmäßig geschieden, und nun hat sich Frau Emma Sodoma, geschiedene Fehrmann, selbstgeschiedene Gath, wieder verlobt, und möchte Frau X., geschiedene Sodoma, geschiedene Fehrmann, losgelöste Gath, geschorene B. werden; da traf sie der Schlag in Gestalt einer Vorladung aus dem Jahre 1917, die zehn Jahre hinter ihr her„geht“ war, ohne die erreichen zu können.

Nun muß sie vor Gericht erscheinen in einem Prozeß, der nicht so bald zu Ende sein wird, denn erstens hat Frau X. (wie soll man sie nennen?) auf Grund der Mitteilung jenes Magistratsbeamten sich 1915 als Witwe fühle und wieder heiraten dürfen. Zweitens hat man ihr die Nichtigkeits-erklärung der zweiten Ehe nicht zugestellt, so daß sie ohne böse Absichten in eine dritte Ehe hineintritt.

Ob sie berechtigt war, ob sie berechtigt fühlen durfte, die dritte Ehe einzugehen, muß kritisch bleiben, außerdem besteht sich das Verfahren nur auf die zweite Ehe. Das Gericht ist durchaus nicht zu beneiden, denn aus diesem mehr als dunklen Wirrwarr sich herauszufinden, ist nicht einfach. Der Prozeß mag aber ausdauern, wie er will, ein Gutes wird er haben: Frau X. wird endlich wissen, wie sie sich in Zukunft zu nennen hat, entweder Frau Sodoma, geschiedene Fehrmann, totgelöste Gath oder: Frau Fehrmann, nichtigerklärte Sodoma, verlassene Gath, oder: Frau Gath, nichtigerklärte Fehrmann und Sodoma. Sollte sie indes während der Dauer des Prozesses ihren jetzigen Verlobten heiraten, dann überweise ich den Fall einem Partitänentabakett.

Ausschneiden! Waaning-Tilly-Oel. Erhältlich in den Apotheken. Preis pro Flasche 1,50 Mark. Das altbewährte Mittel gegen Gallenstein, Gicht, Verdauungsstörungen und andere Beschwerden. Man achte auf die Unterschrift: Gebr. Waaning Tilly und hüte sich vor Nachahmungen!

Cotillon- und Carneval-Artikel. Größte Auswahl. Man besuche unsere Musterausstellung. E. Neumann & Co. A. G. Dresden-N.G. Kaiserstr. 5. Linien: 6, 8, 10, 15, 17, 26.

SONNIGEN SÜDEN mit dem Vergnügungsreisen - Dampfer „Oceana“. 1. GROSSE ORIENTFAHRT vom 9. Februar bis 7. März. Von Genoa über Neapel, Messina, Athen, Konstantinopel, Port Said, Haifa, Korfu, Fahrt durch die Bucht von Cattaro nach Venedig. Reisedauer 27 Tage. 2. GROSSE ORIENTFAHRT vom 8. März bis 3. April. Von Venedig über Bucht von Cattaro, Korfu, Athen, Konstantinopel, Haifa, Port Said, Messina, Neapel nach Genoa. Reisedauer 26 Tage. Fahrpreis für jede Reise RM. 800.- und aufwärts. Weitere 2 Mittelmeerfahrten in der Zeit von April bis Mai d. J., ferner 7 Nordlandfahrten in der Zeit von Juni bis September d. J. Auskünfte und Prospekte über diese Vergnügungs- und Erholungsreisen durch die HAMBURG - AMERIKA LINIE Abteilung Personenverkehr HAMBURG 1 + ALSTERDAMM 25 und die Vertretungen an allen größeren Plätzen. Vertretungen in Dresden: Reisbüro der Hamburg-Amerika-Linie, Waisenhausstr. 17, Böke Prager Str. Großhain: Ernst Ludwig Oewald Roßsch, Naundorfer Str. 21

Familiennachrichten

Statt besonderer Anzeige.

Am Sonntag den 22. Januar entschlief plötzlich infolge Schlaganfalles mein lieber, guter Vater und Großvater, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Herr Georg Richter

im 69. Lebensjahre.

Dresden-A., Schnorrstraße 4
und Hübnerstraße 20.

In stiller Trauer
Hildegard Leibkind geb. Richter
Marie Seibt

zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung erfolgt Mittwoch den 25. Januar 1928 nachm. 3 Uhr von der Halle des Trinitatis-Friedhofes aus.
Freundl. zugedachte Blumenspenden nach dem Friedhof erbeten.

Sächsische Familiennachrichten.

Geboren: Ratskeller Fr. Hehrfeld, Bautzen, T.
Verlobt: Doris Reutemann mit Fr. Ang. Gottfried Ganshagen, Dresden, Scherzinger Str. 42; Hella Werner, Dresden, Annenstraße 21/25, mit Georg Scherzmann, Mühlisch-Nicko; Friedel Bara mit Johannes Reigner, Stolp (Pomm.); Dresden; Katharina Klein mit Curt Wähner, Döllendorf; Freiberg; Gertrud Wähner mit Rudolf Bauer, Döllendorf; Dresden; Friede Förster mit Alfred Schönfelder, Gantzmühle; Dresden.
Bermählt: Martin Luther mit Johanna Schömer, Copitz-Pirna; Erhard Reinold mit Margarete Hlinder, Neuhäusen/Wollschuba.
Geburten: Albert Ehrlich, Dresden, Tippoldswalder Waffe 2, Beerdigung Dienstag 8 Uhr Söbner Annentriebhof. — Auguste Kohl geb. Feitich, Marie verw. Nicolai geb. Dönig und Doris Fink, Freiberg; Selma Rende, Sand; Ada Taedner, Oberbrüggen; Sanitätsrat Dr. med. Georg Kießling, Langenau; Justizinspektor Ernst Georg Bergl, Pirna; Hedwig verw. Jung geb. Weib, Mühlhain; Anna Gahner, Mittau; Oberlehrer und Kantor Hugo Theodor Müller, Tittelbach.

Herzenswunsch!

Solides, ordentl. Möbel, 22 J. schluss aus guter Familie, mit Sinn für Kunst und Best. sucht die Bekanntschaft eines lieben Mannes, der in späterer Genat. Wirt in Wohn. im Elternh. vorh. Werte offeriert unt. **H. V. 44** an die Exped. d. Blattes.

Unter Tausend Maschenkostümen

neu und gebraucht, finden Sie bestimmt etwas Passendes. Feinste Modelle, laubliche Ausföhrung, größte Auswahl, billige Preise.
„Thespi“, Math. Klemich
Dresden-A. 1, Moritzstraße 1 b, 2. im Hause Pörschbräu. — Telefon 1267.

Welche geb. Landwirte oder Edelmänner, müde mit in Preis nachteiligen, von Beruf immer, 22 J. alt, evgl., freibiam u. streng solide, ich möchte einzubetraten in Landwirtschaft oder in Edelmänn. Örtchen unt. **N. 267** Exp. d. Bl.

Pianos Flügel Harmoniums

Grammophone elektr. Pianos altrenom. Fabrikate, äußerst billige Preise, sämtliche Teilabteilung, kleine Katen.

Miet-Pianos

Engelmann, 27 Markgräferstr. 27, Ecke Schillerstr. Stimmung, Reparatur.

Gelegenheitskufe!

Schlafzimmer

komplett, billig, in allen Ausführungen, nur festes Arbeit, Schränke, Esszimmer, billige, Bauher Straße 31, Fabrikgebäude, 2. Hof, Verkauf bis 1/2 Uhr.

Teppiche-Läuferböden Anz. 1, 10 Mon.-Rat. 1. Teppich, Azy & Gück Frankfurt a. M. 756 Schreiben Sie sof.

Für die innige Teilnahme und die vielen Zeichen der Liebe, Achtung und Verehrung, die unsrer guten, unvergeßlichen Mutter

Frau Emilie Bertha Göhler geb. Berge

Fabrikantens-Witwe

bei ihrem Heimgange durch Wort und Schrift, durch reichen Blumenschmuck und ehrendes Geleit zur letzten Ruhe dargebracht wurden, sagen wir wehmütigen Herzens unsern innigsten Dank.

Dresden-A. 16, Holbeinstraße 67, am 18. Januar 1928.

Philipp und Arthur Göhler
Albert Berge als Bruder und Familie.

Dank.

Nachdem wir unseren innigstgeliebten, teuren Entschlafenen zur letzten Ruhe gebettet haben, ist es uns ein dringendes Herzensbedürfnis, allen denen, die ihm während seiner kurzen schweren Krankheit so warme Anteilnahme bezeugten, seinen Sarg so überaus reich mit Blumen schmückten und durch Wort, Schrift, Kranzspenden, sowie ehrendes Geleit die letzte Ehre erwiesen, unseren aufrichtigsten, tiefgefühltesten Dank nur hierdurch auszusprechen. Ganz besonderen Dank Herrn Pfarrer Drechsler für seine herrliche zu Herzen gehende Grabrede, sowie dem Militärverein „König Albert“ zu Dresden-Kleinzschwitz für die erwiesenen Ehren.

Dresden-Kleinzschwitz, am 23. Januar 1928.

Auguste verw. Schneider.



Fahrräder
in allen Ausstattungen!
Tourenräder
Radsport
Bambusrahmen
Kinderwagen
Geschäftsräder
Besuchen Sie unser große Lager, Neue Modelle 1928. Wir liefern gegen leichte Teilzahlung.
Schmelzer
DRESDEN A. 1
Ziegelstr. 19.

Inventur-Ausverkauf

Unsere Preise — billiger geht's nicht!

100 Käichen

Spotbilliges Sonder-Angebot!

| | |
|--------------------|---------------------|
| Rüch „Ruth“ 62.— | Rüch „Ella“ 95.— |
| Rüch „Bliss“ 130.— | Rüch „Martha“ 170.— |
| Rüch „Heria“ 210.— | Rüch „Lilie“ 280.— |

7 teilig, komplett, in jeder Farbe
7 teilig, komplett, lat., mit Aufwandsstück
Bis auf weiteres 10% Rabatt
Schränke von 48.— an
Frachtfrei durch ganz Deutschland
Möbel-Fabrik
Dresden-N., Hauptstraße 8-10.

Zirka 2000 Schirme!

| | |
|---|---------------|
| Damenschirme 12 teilig, schwarz, Baumwolle, Rundhaken- und Knopfsortiment | 1.95 |
| Damenschirme 12 teilig, schwarz, Zanella, mit Zierspitzen, Rundhaken, in schöner Ausführung | 2.95 |
| Damenschirme 12 teilig, braun, Baumwolle, festkantig, mit Kunsthornspitzen, aparte Phantasie-Rundhaken | 3.90 |
| Damenschirme 12 teilig, Halbseide, farbig, festkantig, mit Bordüre, neuartige Schäfergriffe u. Rundhaken | 4.75 |
| Damenschirme 12 teilig, Halbseide, schwarz u. farbig, feste Kante, Kunsthornspitzen, großes Sortiment in Schäfergriffen und Rundhaken | 5.75 |
| Damenschirme 12 teilig, Halbseide, schwarz und farbig, festkantig, mit Bordüre, auf Halbparagongestell, wertvolles Griffsortiment | 7.50 |
| Kinderschirme 12 teilig, Baumwolle, Knöpfe mit Posamentenanhängern, verschiedene Größen | 2.45 und 1.95 |

Heinrichsthaler

Fettkäse

4 Kilo = 3550
Nährwerteinheiten
7 Kilo ca. 20. Fleisch-
wieser 1500 Nährwerteinh.
7 Kilo mag. Rindfleisch
4500 Nährwerteinheiten
4 Kilo (1 Ltr.) Vollm.
630 Nährwerteinheiten.
Leichtverdaulich.
Delikatessa.

Alsbere

